

Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 12. Juni 1930
12. Jahrgang, Nummer 183

erschint täglich mit Ausnahme des Sonn- und Festtage. Bezugspreis: halbjährlich 0,80 Mk., monatlich 2,60 Mk., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,00 Mk., unter Streifenband 3,00 Mk. Kistenpreis: Die gefalteten Millimeterzettel oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf., Kellamerspreis: Die gefalteten Millimeterzettel oder deren Raum im Wert 70 Pf. — Schluss der Inseraten-Nachnahme zu den Haupt-Expeditionen 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Str. 50, Tel. 450 88. Bezirksredaktion: Breslau 11, Woblaststr. 10, Trebnitzer Straße 50, Tel. 239 02. Sprechzeit der Redaktion von 12—14 Uhr. Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. Filialredaktionen: Gletzig, Beutlitz, 26, Tel. 4085; Opatowitz, Kopalowitz, 11, Tel. 1364; Grotzitz, Quast 6, Tel. 2884. Geschäftszeit: 8—10 Uhr. Geschäftsstand: Hauptverlagsort Breslau. Erscheinungsort Breslau. — Verlags-Gesellschaft, m. b. H., Breslau. — Druck: „Berliner“, Fil. Breslau, Trebnitzer Str. 50

7,5 Prozent Lohnabbau in Nordwest

Hungerschiedspruch für verbindlich erklärt — Andere Industrien sollen folgen

Arbeiter, organisiert den Abwehrtampf

Berlin, 11. Juni. Der Reichsarbeitsminister hat den Schiedspruch für die Gruppe Nordwest der deutschen Eisenindustrie für verbindlich erklärt.

In den Verhandlungen über den Deynhauser Schiedspruch hatten die Arbeitgeber erklärt, daß sie die Preise in demselben Umfang wie die Löhne abbauen wollten. Diese Erklärung ist in den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium am 5. Juni 1930 geändert worden. Es sollen nach Wegfall der Akkordklausel die Verdienste nicht nur der Arbeiter, sondern auch sämtlicher Gehaltsempfänger am 1. Juli so gekürzt werden, daß eine „Ersparnis“ bis zu 7,5 Prozent der Gesamtlohn- und Gehaltssummen eintreten wird. Die Unternehmer versprachen ab 1. Juni „über das Ausmaß der ersparten Lohn- und Gehaltssummen hinaus“ die Preise in der Eisenindustrie abzubauen. Die Durchführung des Lohn- und Gehaltsabbaus ist so zu denken, daß auf jedem Werk die Akkordsätze neu geregelt, d. h. herabgesetzt werden müssen.

Die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches für die Hüttenarbeiter im Westen soll richtunggebend für alle Industrien sein — wenn es nach dem Willen der Unternehmer und der sozialfaschistischen UDBB-Führer geht, die bereits längere Zeit um die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft zum Zweck des Lohnabbaus und der Verhinderung von Wirtschaftskämpfen verhandeln. Die Trustgewaltigen und die Gewerkschaftsführer wollen gemeinsam zur „Ankurung der Wirtschaft“ die Produktionskosten senken — nicht etwa durch Schmälerung der Unternehmensprofite, sondern durch Lohnabbau und Profitsteigerung. Als Lockmittel wird den Arbeitern von der „gleichzeitigen Senkung der Preise“ und der „Erhaltung des Reallohnes“ erzählt.

Vor Pfingsten war der preussische Handelsminister Schreiber in Breslau und hielt eine Rede im Sinne der jetzt erfolgten Verbindlichkeitsklärung in Nordwest. Dazu schrieb die sozialdemokratische „Volkswacht“:

„Wenn Minister Schreiber sich gleichmäßig für Abbau von Preisen und Löhnen ausgesprochen hat, steht zu befürchten, daß das isolierte Unternehmertum die Forderung nach einem Abbau der Preise ganz überhört, die nach Abbau der Löhne aber um so deutlicher vernommen haben wird. Das Wort von der Preisentwertung ist schon viele Jahre alt, doch sind die Preise nur immer wieder aufs neue gestiegen... Lohn- und Preisfragen so wie geschahen zu

erörtern, hat kaum viel Zweck, denn das Unternehmertum macht im Grunde doch was es will, und die Bürgerblockregierung des Reiches sieht am wenigsten danach aus, der sogenannten Wirtschaft Vorschriften machen zu wollen. Deshalb muß die Arbeiterschaft in ihrer Art versuchen, Mieten, Lebensmittelpreise und Löhne miteinander in Übereinstimmung zu bringen.“

Die „Volkswacht“ hält sich, zu sagen, wie denn „die Arbeiterschaft in ihrer Art versuchen muß, Mieten, Lebensmittelpreise und

Löhne miteinander in Übereinstimmung zu bringen“. Die Ausführungen der „Volkswacht“ sind linientypische Phrasen, die die Arbeiter in den Glauben versetzen sollen, als wollten die „Garten“-Sozialfaschisten für ihre Interessen eintreten. Doch das haben sie in der Tat nie getan und werden es auch in Zukunft nicht tun.

Organisierung von Wirtschaftskämpfen unter Ablehnung des Schlichtungszwanges unter Nichtanerkennung der Verbindlichkeitsklärungen, gegen Lohnabbau, für Arbeitszeitverkürzung, für Lohnerrhöhung — das ist die Lösung für deren Verwirklichung alle Arbeiter ohne Unterschied der Partei- und Gewerkschaftsangehörigkeit unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition sammeln müssen.

Kämpft gegen den neuen Unterstüktungsraub

Organisiert Versammlungen und Demonstrationen zum 16. Juni!

Das Reichsamt der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, Abteilung Erwerbslose, erklärt an alle Betriebsarbeiter und Erwerbslose einen Aufruf, in dem es heißt:

Die Bürgerblockregierung hat entsprechend den Vorschlägen des Vorstandes der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung beschlossen, dem Reichstag eine Vorlage zu unterbreiten, durch die den Arbeitslosen und den Betriebsarbeitern Hunderte von Millionen geraubt werden sollen. Nach diesen Vorschlägen sollen die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auf 4 1/2 Prozent erhöht werden. Das bedeutet eine Mehrbelastung der Arbeitenden um rund 150 Millionen Mark im Jahre. Demgegenüber sollen für die Arbeitslosen neue unerhörte Leistungsbeschränkungen vorgenommen werden.

Jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen unter 17 Jahren und die Älteren über 65 Jahre sollen keine Unterstützung mehr erhalten. Alle Lebigen unter 21 Jahren müssen eine Karenzzeit von vierzehn Tagen durchmachen, ehe die Unterstützungswoche beginnt!

Arbeitslosen Ehegatten wird die Unterstützung um 50 Prozent gekürzt, sofern beide Teile versicherungspflichtige Beschäftigung ausgeübt haben und entweder der Mann oder die Frau Unterstützung beziehen.

Geringfügig Beschäftigte sollen überhaupt keine Unterstützung mehr erhalten.

Alle Arbeitslosen, die nicht 52 Wochen Beschäftigung nachweisen können, erhalten nicht mehr die vollen Sätze der Erwerbslosenversicherung, sondern nur noch die niedrigeren Sätze wie sie in der Krisen-

fürsorge gezahlt werden.

Diese räuberischen Maßnahmen des Bürgerblocks sind die konsequente Fortführung des planmäßigen Angriffs der deutschen Finanzbourgeoisie auf die Existenz der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen. Die Koalitionsregierung unter der Führung der Herrmann Müller, Wissell, Hilferding und Severing, hat im vergangenen Jahre alle diese Maßnahmen vorbereitet und unterstützt.

Auch jetzt werden die Sozialfaschisten neben den Nationalfaschisten die treuesten Helfer der Bourgeoisie bei der Durchführung der Hungermaßnahmen sein. Schon meldet die „Frankfurter Zeitung“, daß die Vorlage der Bürgerblockregierung auf Beitragserhöhung und Leistungsabbau in der Erwerbslosenversicherung von den Unternehmern und den Gewerkschaftsführern ausdrücklich genehmigt wurde.

So, wie bisher, werden die Führer des UDBB, der Christlichen und der Christlich-Sozialen Gewerkschaften jeder neuen Verschlechterung der Erwerbslosenversorgung zustimmen.

Damit wird gleichzeitig die Front der Unterstützungsräuber vor den Nationalfaschisten bis zu den Sozialfaschisten aufgerichtet zur weiteren Verelendung der Dreimillionen-Armee der Erwerbslosen.

Arbeiter! Arbeiterinnen! Jungarbeiter!
Dieser neue Schlag gegen eure Lebenshaltung, gegen eure Existenz, muß den schärfsten Widerstand der ganzen Arbeiterklasse hervorrufen!

Unter der Leitung der kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition müßt ihr euren Abwehrtampf organisieren. In allen Betrieben, in allen Büros, auf jeder Stempelstelle muß sofort zu den beabsichtigten Maßnahmen Stellung genommen werden.

Die roten Betriebsräte, die roten Vertrauensleute müssen die Belegschaften in Versammlungen über die Abbaumassnahmen unterrichten und durch Sammlung aller kassenbewußten Arbeiter- und Arbeiterinnen die Abwehrfront mit den erwerbslosen Proletariern formieren.

Auf den Stempelstellen, auf den Poststellen der Arbeitsämter müssen Erwerbslosenausgänge sofort Protestversammlungen und Kundgebungen organisieren.

Am 16. Juni wird der Reichstag zusammentreten, um den Haushalt des Arbeitsministeriums und die Abbaumassnahmen der Regierung zu beraten. An diesem Tage muß in allen Teilen des Deutschen Reiches, aus den Betrieben, von den Stempelstellen, auf den Straßen millionenfach der Ruf erschallen:

Arbeit und Brot, ausreichende Unterstützung für alle Erwerbslosen, für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit!

Her mit dem Siebenfundentag bei vollem Lohnausgleich!
Gemeinsame Versammlungen und Demonstrationen der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter am 16. Juni müssen der Auftakt sein für eine entschlossene Abwehrbewegung und Gegenoffensive gegen das Hungerregime des Bürgerblocks und der verräterischen arbeitserföndlichen Haltung der sozialfaschistischen Führer.

Gleichzeitig muß damit verbunden werden die Zusammenfassung aller Anhänger der RSD. in den Betrieben und auf den Stempelstellen. Nur wenn sich alle kassenbewußten Arbeiter um die Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition scharen, wird ein erfolgreicher Kampf gegen die Trustbourgeoisie und ihre Helfer aufgenommen werden können.

Die RSD. ist die einzige Kraft die gewillt und imstande ist, die Millionenmassen der Arbeitenden und Erwerbslosen zum Kampf gegen die Offensiven der Trustherren und ihrer Lokalen heranzuführen.

Kämpft unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition gegen Unterstüktungsraub, gegen Lohnabbau und Hungerregime, für den Siebenfundentag bei vollem Lohnausgleich!

Faschisten überfallen Jungarbeiterinnen

Ein furchtbares Verbrechen des „Wehrwolfs“ bei Naumburg — Vierzehn Sportlerinnen schwer verletzt!

Naumburg, 11. Juni. Zwischen Kösen und Naumburg bewegte sich ein Zug von ungefähr 1500 Wehrwölfen, die sich in Naumburg zu einem Reichstreffen vereinigten. (Am Reichstreffen nahmen im ganzen ungefähr 1800 Wehrwölfe teil.) Zwischen Almerich und Schulportia versuchte ein Leipziger Sportlerauto, da die Straße von Wehrwölfen versperrt war, hinter dem Zuge der Wehrwölfe herzufahren.

Kaum war dieses Auto ungefähr hundert Meter weit gefahren, als sich plötzlich 150 bis 200 Wehrwölfe aus dem Zuge lösteten und über das Auto herfielen. Sie gaben verheerende Schüsse ab und zerstörten dadurch den Motor des Autos, so daß dieser fahrtunfähig wurde.

Die Insassen des Lastautos, meistens Sportlerinnen, wurden von den Wehrwölfen in der verschiedensten Weise mißhandelt. Einem Mädchen wurde mit der Fahnenklinge in die Brust gestochen. Ein Mädchen wurde mit der Fahnenklinge am Unterleib schwer verletzt. Einer Sportlerin wurde mit einem Feldspaten der Arm durchschlägen, einer anderen die Rippen gebrochen, einem Mädchen der Leib zertreten usw. Im ganzen wurden 14 Sportlerinnen verletzt.

Unter den Wehrwölfen ist nicht ein einziger Verletzter. Die Insassen des Autos mußten sich vollständig wehrlos dem Terror der Wehrwölfe aussetzen. Die eingeleitete Polizeireaktion gegen die Wehrwölfe war natürlich ergebnislos. Die Polizei war erst eine Stunde nach dem Überfall an dem Ortort eingetroffen.

Der Wehrwolf hatte mit Blitzenesschnelle bis 17 Uhr Naumburg geräumt, da die Bevölkerung in ungeheure Erregung kam und massenweise auf den Straßen sich sammelte.

Das ungeheuerliche Verbrechen, das von den Wehrwolfbanditen an Arbeitermädchen und Arbeiterfrauen, an roten Sportlerinnen begangen worden ist, wird tiefste Entrüstung und Empörung der breitesten Arbeitermassen hervorrufen. Das Faschisten-

gefindel kann so an wehrlosen Arbeiterinnen sich austoben, weil die Organe des kapitalistischen Staates die Faschisten nicht nur nicht bekämpfen, sondern ihnen sogar weitestgehende Schutz- und größte Förderung gewähren, weil sie gegen die Arbeiter mit strengsten Maßnahmen vorgehen, die sich gegen den Faschistenterror zur Wehr setzen. Die Faschistenbanden werden von den staatlichen Organen großgewählpelt, weil sie demselben Herrn dienen, dessen Organ der bürgerliche Staat ist, dem Finanzkapital.

Die Arbeiter sind im Kampfe gegen den Faschismus auf sich selbst gestellt. Niemand anders steht ihnen zur Seite als die kommunistische Partei. Und die kommunistische Partei sagt den Arbeitern:

Schafft über all antifaschistischen Selbstschutz, wehrt euch gegen die faschistischen Mordbuben. Vernichtet den Faschismus!

Vom Tage

Schweidnitz, 11. Juni. Gestern begann die Berufungsverhandlung wegen dem bekannten brutalen Überfall der Nazibanditen auf eine sozialdemokratische Versammlung im „Volksgarten“. Trotz Verbots durch den Gerichtsvorsteher erschienen die angeklagten Nazioten in voller Uniform und benahmten sich, als hätten nur sie etwas zu sagen. Das Gericht belegte die in Uniform Erschienenen mit der lächerlich geringen Ordnungstrafe von 20 Mark. Es wird mit einer Prozedurdauer bis 11. Juli gerechnet.

Am Freitag wird voraussichtlich das Kabinett zusammentreten, um die Raubgesetze zu beraten.

Die Entscheidung über das Dflprogramm wird im Reichsrat wahrscheinlich am Sonnabend fallen.

Durch Schiedspruch soll an die deutschen Reedereibesitzer 300 Millionen Mark als Entschädigung für die während des Krieges in Amerika beschlagnahmten Schiffe gezahlt werden.

Kampf dem Amnestiebetrug

Von Ernst Thälmann

In den Zuchthäusern, Gefängnissen, Festungen der deutschen Republik schmachten zahlreiche Klassenkämpfer, von denen viele schon seit langen Jahren als Opfer der strupellosen Nachlässigkeit der Bourgeoisie ihrer Freiheit beraubt sind. Als Klassenkämpfer, die als Soldaten der Revolution haben sie vor den Schranken des bürgerlichen Gerichts die Interessen ihrer Klasse aufrecht verteidigt. Ungebrochen auch im Kerker, warteten sie auf die Stunde, in der die deutsche Arbeiterklasse durch ihre Kraft, durch ihre Entschlossenheit, durch ihren Kampf die Gitter der Zuchthäuser, die Tore der Gefängnisse aufsprengen und ihnen die Freiheit erzwingen wird.

Es ist kein Zufall, daß gerade in den letzten Monaten der Justizverfolgung der Bourgeoisie gegen das revolutionäre Proletariat immer frasser, verbrecherische Formen annimmt. Das Republikanische Gesetz des Sozialdemokraten Severing, dieses Zuchthausgesetz zur Knechtung der deutschen Arbeiter, die Verhinderung revolutionärer Organisationen und in ihrem Gefolge die Fälle von Massenprozessen gegen jene Klassenbewußten Arbeiter, die trotz Verbots ihre Organisation illegal weiterführen, die Serie von Prozessen gegen die kommunistische Presse, die Terrorurteile des Reichsgerichts, das in zynischer Brutalität die bloße revolutionäre Gefährdung mit schweren Freiheitsstrafen verfolgt, ohne sich im mindesten an die papierenen Paragraphen der eigenen bürgerlichen Gesetze zu halten. — diese ganze Flut von Gemeinheit, Terror, Unterdrückung gegen das Proletariat ist nur die Folge der immer schwieriger werdenden Situation der deutschen Bourgeoisie.

In den breitesten Massen der Werktätigen wächst die Empörung über das System des Hungers und der Ausbeutung. Der Kapitalismus ist nicht mehr imstande, den Massen auch nur den notwendigsten Lebensunterhalt zu garantieren. Die Angriffe des Unternehmertums, des kapitalistischen Staatsapparates und der sozialfaschistischen Kettenhunde der Bourgeoisie auf die Arbeiterklasse rufen immer stärker auf den wachsenden Kampfwillen der Massen. Je mehr die Krise des kapitalistischen Systems heranzieht, je stärker sich auf der anderen Seite der beginnende revolutionäre Aufschwung entfaltet, um so brutaler greift die Bourgeoisie zu den Methoden des verschärften Justiz- und Polizeiterrors, um den Vormarsch des Proletariats aufzuhalten. Die kapitalistische Justizbarbarei entpringt nicht einer Stärke der Bourgeoisie, sondern der beginnenden Krise des Kapitalismus, der steigenden Bedrohung der bürgerlichen Herrschaft durch das Proletariat.

Nicht nur in Deutschland beantwortet die Bourgeoisie den beginnenden revolutionären Aufschwung mit verschärftem Terror. Die grauenhaften Massaker der Macdonald-Regierung unter dem indischen Proletariat, die Fälle von Todesurteilen und Hinrichtungen als Antwort auf den heldenmütigen Freiheitskampf der indischen Arbeiter und Bauern oder der blutige weiße Terror der chinesischen Senkerregierung — das alles beweist, daß in der ganzen Welt gleichzeitig mit dem Aufsteigen einer neuen Welle revolutionärer Massenkämpfe die herrschende Klasse ihre Unterdrückungsmaßnahmen, ihren Terror, ihre Grausamkeit gegen die werktätigen Massen vervielfacht.

Auf zwei Wegen strebt die deutsche Bourgeoisie einen kapitalistischen „Ausweg“ aus der Krise an: durch die vermehrte Ausplünderung der Massen und durch die stärkere Vorbereitung des imperialistischen Raubkrieges gegen die Sowjetunion. Das eine wie das andere — die Politik des Krieges wie die des Hungers — hat zur Voraussetzung, daß der Kampfwille und Widerstand der proletarischen Massen gegen die Politik der Bourgeoisie niedergeschlagen und gelähmt wird.

Darum die Flut der Prozesse, darum die Welle der Justizverfolgung gegen revolutionäre Arbeiter. Darum vor allem auch die Krönung des ganzen Systems der kapitalistischen Justizbarbarei durch den geplanten fieschen Amnestiebetrug, der den Gemordeten, den wenigen mitbe-

straften faschistischen Verbrechern die Freiheit geben, die eingekerkerten proletarisch-politischen Gefangenen aber, von ganz geringen Ausnahmen abgesehen, weiter in den Kerker schmachten lassen will. Gegen diesen Amnestiebetrug muß das deutsche Proletariat den schärfsten Kampf aufnehmen. Die revolutionäre Arbeiterschaft fordert eine Klassenamnestie für alle Kämpfer hinter den Zuchthausmauern! Eine Klassenamnestie für die proletarisch-politischen Gefangenen!

Mit diesem Ziel gilt es, die große umfassende Hilfsaktion für die proletarisch-politischen Gefangenen durchzuführen und zu steigern, die während des Juni zur Durchführung gelangt. Diese Hilfsaktion der breitesten Massen, in enger Verbindung mit einer großartigen Werbe- und Sammelkampagne für die Rote Hilfe ist zugleich Kampf gegen die fortschreitende Faschisierung Deutschlands, in deren Dienst ja auch die Justizoffensive gegen die revolutionäre Arbeiterschaft eingeleitet wird.

Darum gilt es, alle Kräfte der proletarischen Massen für die große Aktion der proletarischen Solidarität mit unseren politischen Gefangenen anzuspinnen. Kommunisten, Parteilose, aber auch sozialdemokratische Arbeiter müssen mithelfen, für die Sache der proletarisch-politischen Gefangenen, im Kampf gegen die kapitalistische Klassenjustiz, im Kampf gegen den Amnestiebetrug der Bürgerblockregierung, im Kampf für eine proletarische Klassenamnestie!

Deklaration der amerikanischen Arbeiterdelegation:

Die Sowjetmacht ist unbeflegbar!

Moskau, 10. Juni. Beim Verlassen der Sowjetunion überreichte die amerikanische Arbeiterdelegation durch den Vertreter der Kommission für Außenbeziehungen ein an das gesamte Proletariat der Sowjetunion gerichtetes Schreiben, worin es unter anderem heißt:

„Wir haben viele Tausende von Meilen auf dem Territorium der Sowjetunion zurückgelegt und werden bis an unser Lebensende nicht vergessen, was wir dabei gesehen und gelernt haben. Wir sahen große Industriezentren, ungeheure Kraftwerke usw. Wir besuchten die kolossale Sowjetwirtschaft „Gigant“, eine der erstaunlichsten Unternehmungen, die jemals ein Menschenhirn erdacht hat. Wir sind Hunderte von Meilen durch Kollektivwirtschaften geritt, haben uns viele davon angesehen und konnten uns davon überzeugen, daß die Bauern mit der gleichen Begeisterung an der Kollektivierung und Durchführung des Fünfjahresplans arbeiten wie ihre städtischen Genossen.“

Der Fünfjahresplan ist eine Stufe zum Kommunismus. Der Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion geschieht mit bester Unterstützung seitens der Arbeiterklasse auf der Grundlage der proletarischen Demokratie. Jede Institution der Sowjetunion stützt sich auf den Willen der Massen. Eine wahrhaft proletarische Demokratie ist die Grundlage dieser Regierung. Das macht die Sowjetunion unbeflegbar.

Wir werden alle Versuche der Kapitalisten, der Sowjetunion den Krieg zu erklären, bekämpfen.“

Die Deklaration ist von sämtlichen Mitgliedern der Delegation unterschrieben.

Trotz Verbot KZB.-Aufmarsch!

Zehntausend marschieren in Neunkirchen — Genosse Leow spricht — Grenzsoldaten senken die Gewehre — Proletarische Verbrüderung mit französischem Militär — Rot Front marschiert

Saarbrücken, 9. Juni. Zu Pfingsten hatte der Rote Frontkämpferbund im Saargebiet zum 5. Gautreffen nach Neunkirchen aufgerufen. In letzter Stunde erließ die Regierungskommission ein Verbot des Aufmarsches und der Gautagung. Trotz alledem wurde das Treffen unter harter Teilnahme der Roten Frontkämpfer durchgeführt. Auf dem Sportplatz in Neunkirchen waren die KZB.-Kameraden in voller Uniform aufmarschiert. 5000 nahmen unter begeistertem Beifall von tausenden von Zuschauern an der Kundgebung teil. Ihren Höhepunkt erreichte sie, als

rote Sportler aus Paris und 6 französische Soldaten in voller Uniform

an der Tribüne aufstellung nahmen. Ein seltenes Erlebnis, als die Proletarier in den Waffenröcken ein Hoch auf Lenin und die Weltrevolution ausbrachten. Die Verbrüderung der Roten Frontkämpfer mit den Arbeitern in der imperialistischen Armee Frankreichs demonstrierte die Kampfbereitschaft der Arbeiterschaft gegen den Kreuzzug der kapitalistischen Staaten gegen die Sowjetunion. Nach den Ansprachen formierten sich die roten Bataillone, Arbeiter und Arbeiterfrauen reichten sich ein, so daß der Zug der Teilnehmer auf 10 000 anwuchs. Mit begeistertem Rot Front-Rufen wurden die Demonstranten überall von der Arbeiterschaft begrüßt. Die Polizei versuchte zu provozieren und griff wiederholt die Demonstranten an. In der Disziplin der Arbeiter zerstückten alle Provokationsversuche und verschiedentlich mußte die Polizei der Entschlossenheit der KZB.-Kameraden weichen und den Rückzug antreten.

Die Roten Frontkämpfer im Saargebiet haben durch den Aufmarsch zur 5. Gautagung bewiesen, daß die rote Front

nicht zu verbieten ist. Allen Sabotageakten und allen Verbots-erlassen zum Trotz wird der Rote Frontkämpfer-Bund weiter marschieren.

Rebellion in der Heidelberger SPD.

In der Heidelberger SPD-Ortsgruppe ist die Krise offen zum Austrag gekommen. Seit Wochen tobt in Heidelberg der Kampf zwischen den provozierenden Nazis, geführt von den Nazi-Studenten, und der Arbeiterschaft, als die Nationalsozialisten zum 7. Juli eine öffentliche Versammlung einberufen hatten mit dem Thema „Kampf dem Marxismus“, zweifellos, um von neuem zu provozieren, hatte die SPD. zu einer Gegenkundgebung aufgerufen. Der Ortsvorstand der SPD. erließ eine Erklärung, in der es allen Parteimitgliedern verboten wurde, an der kommunistischen Demonstration gegen den Faschismus teilzunehmen. Diese Hilfsstellung des Parteivorstandes der Ortsgruppe für den Nationalsozialismus hat die Reichsbanner- Arbeiter, SPD.-Arbeiter und sozialdemokratische Studentengruppe in helle Empörung gebracht. Die SPD.-Studentengruppe hielt eine Sitzung ab, die zu der Erklärung des Ortsgruppenvorstandes Stellung nahm. Unter dem Druck der Bürokraten wagte ein Teil der Studenten nicht, für die Beteiligung an der kommunistischen Demonstration und die Unterschrift des Aufrufes zu stimmen, so daß die Anhänger des Parteivorstandes in der Mehrheit blieben.

Trotzdem beteiligten sich die oppositionellen Studenten an sämtlichen Vorbereitungen zur Demonstration. Außerdem ein großer Teil von Reichsbanner- und SPD.-Arbeiter. In dem Antifaschistischen Aufmarsch beteiligte sich jedoch die sozialdemokratische Studentengruppe geschlossen.

Das ist der Beweis dafür, daß die Opposition nach dem von der Bürokratie diktierten Beschluß erneut zum Ausbruch gekommen ist. Ebenso marschierten gemeinsam mit den kommunistischen Arbeitern eine große Anzahl von Reichsbanner- und SPD.-Arbeiter in der Demonstration mit.

Die SPD.-Arbeiter und -Studenten haben damit dem sozialfaschistischen Vorstand die richtige Antwort erteilt. Darüber hinaus müssen sie weiter vorstoßen und sich einreihen in die rote Klassenfront.

Gesandtenmord und Kommunistenhege

Riffaben, 10. Juni. Der Matrose Franz Biechowski aus Danzig, der am 7. Juni den deutschen Gesandten von Ballgand durch Revolvergeschüsse tötete, soll bereits am kommenden Sonntagabend als „politischer Mörder“ durch ein Kriegsgericht abgeurteilt werden.

Im Zusammenhang mit dem Attentat betreibt die bürgerliche Presse eine üble Kommunistenhege, indem sie ohne die geringsten Anhaltspunkte dafür zu haben, versucht, den Attentäter als Kommunisten hinzustellen. In Wirklichkeit aber dürfte man es mit einem Geisteskranken zu tun haben, denn wie die behördlichen Nachforschungen ergaben, war der Attentäter im Jahre 1922 in der Heilanstalt Launenburg in Pommern untergebracht, aus der er 1924 flüchtete.

Die Frühjahrssaaten in der Sowjetunion

Moskau, 10. Juni. Bis zum 5. Juni wurden in der ganzen Sowjetunion 73 216 000 ha Land mit Saaten bestellt gegenüber 69 773 000 ha am 31. Mai. In der Ukraine, der Krim, dem Nordkaukasus, der unteren und mittleren Wolga-Republik wurde der Umfang der Frühjahrssaaten gegen das vorige Jahr vergrößert. Kirgisien, Georgien, Usbekistan, Turkmenistan und Tadshikistan erreichten den Umfang der Frühjahrssaaten des Vorjahres.

SPD.-Korff beforgt einen Revolver

Neue Enthüllungen aus den SPD.-Spitzelsumpf — Polizeiinteresse am KZB.-Kongreß

Noch immer schweigt die gesamte bürgerlich-sozialfaschistische Presse zu den Enthüllungen des „Ruhr-Echo“ über das Spitzelsystem der SPD.-Polizei. Aber wir fahren mit der Niedergabe der Enthüllungen fort.

Am 9. Mai fand die dritte Unterredung statt. Der SPD.-Kriminalbeamte Korff brachte unserem Genossen Göbel das gefälschte „KZB.-Rundschreiben“ mit der Bemerkung zurüch, es seien Abschriften angefertigt und an das Regierungspräsidentium in Düsseldorf weitergeleitet worden. Regierungspräsident ist bekanntlich der SPD.-Mann Bergmann!

In der Unterredung kamen die beiden auf den KZB.-Kongreß zu sprechen. Korff sagte dabei wörtlich zu dem Genossen Göbel:

„Wenn du nach Moskau fahren kannst, dann wird das Geld schon beschafft werden; mehr als du für die Reise brauchst.“

Bei der nächsten Unterredung am 17. Mai gelang es, festzustellen, daß an der Beispiegelung der kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsbewegung nicht nur das Zentralkomitee und die ihm unterstellten Organe interessiert sind, sondern auch andere Stellen bereit sind, hohe Summen auszugeben, um Informationen, besonders über Moskau und den KZB.-Kongreß zu bekommen. Dem Genossen wurden 14 Fragen vorgelegt, aus denen sich das einwandfrei ergab.

Dann verlangte Korff von dem Genossen Göbel Material über die Kommunisten bei der Reichspost. Auch wollte er wissen, wieviel und welche Kommunisten auf der Eisenbahn beschäftigt sind. Genosse Göbel versprach um Seein das Material zu besorgen, äußerte aber, daß ihm das womöglich teuer zu stehen

kommen könne. Doch Korff versicherte, daß die Geschichte auf keinen Fall herauskomme:

„Du machst Deine Angst überwinden. Ich werde dir einen Revolver besorgen, so daß Du Dich nötigenfalls zur Wehr setzen kannst.“

Nachdem er dann noch davon gesprochen hatte, Göbel müsse auch Material über den Nachrichtenendienst der kommunistischen Partei liefern, verschwand er, um dem Genossen Göbel am 21. Mai im Café Wille den versprochenen Revolver prompt auszuhandigen.

SPD. gründet Werts-Konsumverein

Bei der Verhärzung des Kampfes der reformistischen Genossenschaftsbürokratie gegen den seit einem Jahre aus dem Verbande ausgeschlossenen Konsumverein Merseburg haben auch die Trustherren des Leunawerkes ihre Unterstützung nicht verjagt. Dem Konsumverein Merseburg wurde der in Leunawerke vorhandene Laden von dem Leunawerk gekündigt und, wie sich jetzt herausstellt, nur zu dem Zweck,

mit Hilfe der SPD. einen Werts-Konsumverein für das Leunawerke zu errichten.

Der sozialfaschistische Betriebsrat hat eine Gründungsversammlung für den Werts-Konsumverein einberufen, zu der nur Wertsangehörige und deren Frauen zugelassen werden. So führen die Sozialdemokraten den „Kampf“ gegen die Werts-Konsumantinnen.

Rund um den Erdball

Lübeck: Der 36. Säugling hingemordet

Allein an den beiden Pfingsttagen acht neue Todesopfer — Staatsanwaltschaft der „Verdunkelung“ bezichtigt

10. Juni. Allein während der beiden Pfingsttage sind in Lübeck wiederum acht Säuglinge proletarischer Herkunft an den Folgen des mörderischen Calmette-Schutzstoffs gestorben. Nunmehr beträgt die Gesamtzahl der bedauerndwertigen Opfer des verbrecherisch-leichfertigen Lübecker Gesundheitsamtes Dr. Selbst Meyer, die die Untersuchung leiten, müssen jetzt zu geben. Doch aller Voraussicht nach von den übrigen hundert erkrankten Säuglingen noch weitere sterben müssen. Die rechnen damit, daß die Zahl der Todesopfer in allerletzter Zeit das erste halbe Hundert erreichen wird.

Durch dieses Massensterben ist die gesamte Lübecker Bevölkerung erneut von einer ungeheuren Empörung ergriffen worden. Von allen Seiten, nicht nur von der revolutionären Arbeiterschaft, werden jetzt die heftigsten Vorwürfe an die Adresse der Lübecker Staatsanwaltschaft laut. Man weist diesen Klassenrichtern vor, daß sie bei ihrer Untersuchung alles verschunt haben, die Verantwortlichen an diesem gräßlichen Bazillenmord zu entlarven. Konkret bezichtigt man der Staatsanwaltschaft, daß sie alle getan hat, um eine Verdunkelung des Tatbestandes zu ermöglichen.

indem sie versäumte, das Laboratorium des Krankenhauses, in dem die Todesopfer gezeugt wurden, zu versiegeln.

Die bisherige Untersuchung hat ergeben, obwohl sich alle Beteiligten geradezu ängstlich bemühten, die Schuldfrage zu verbunkeln, daß im Laboratorium beschäftigte Personen sich grobe Fahrlässigkeiten zuschulden haben kommen lassen. Es steht jetzt einwandfrei fest, daß man in Lübeck Calmette-Versuche vorgenommen hat, ohne geeignete Bakteriologen zur Kontrolle heranzuziehen. Mit dieser Unterlassung ist die Schuldfrage an dem Massensterben der Säuglinge eigentlich hinlänglich gelöst. Hat doch Professor

Calmette nicht einmal, sondern immer wieder nachdrücklich angeordnet,

daß die Fütterungen mit dem Calmettepräparat nicht alleine auf Verordnung eines Arztes vorgenommen werden dürften, sondern daß auch stets ein Bakteriologe die Fütterung kontrollieren müsse.

Wie unvorstellbar leichfertigkeit in Lübeck mit den mörderischen Bazillenkulturen umgegangen wurde, beweist auch die Feststellung, daß die Schränke, in denen die Kulturen aufbewahrt wurden, fast ständig offen standen, so daß jeder, der Lust hatte, sich damit beschäftigen konnte. Wie leicht durch diese Nachlässigkeit Unheil angerichtet werden kann, beweisen die Meldungen der bürgerlichen Zeitungen, wonach erst kürzlich von einem Laboratoriumsangestellten aus Irrtum wertvolle Bakterien eingegangen waren und daß dieser, da er einen Infektionsgefahr besorgte, ganz einfach andere Kulturen an ihre Stelle setzte. In diesem Falle wurde zwar kein großer Schaden angerichtet, da diese Kulturen nur zu Tierversuchen gebraucht wurden. Immerhin wird durch diese Einzelheit auf das Ueberzeugendste dargelegt, mit welcher verbrecherischen Leichfertigkeit man in Lübeck mit dem Leben der proletarischen Neugeborenen umgegangen ist.

Nicht neue Todesopfer, viele Säuglinge, die nach ärztlichem Ermessen noch sterben müssen! Und täglich werden neue Angehörige der Leichenliste bekannt, die das Schicksal der Mörder weiter belassen. Doch die Lübecker Staatsanwaltschaft, diese unmaßgeblichen Klassenrichter, wenn es um die Verurteilung von kommunistischen Arbeitern geht, kümmert weder das Massensterben, noch die stetig steigende Erregung der Lübecker Bevölkerung. Sie denkt nicht daran, die Mörder zu verhaften. Dr. Misset und Dr. Dyle, die Hauptverantwortlichen, laufen noch immer frei herum.

Zehn Auswanderer fanden hier den Tod



Wie wir bereits berichteten, stürzte vor einigen Tagen in Genoa das große Auswandererheim aus bisher noch nicht geklärten Ursachen plötzlich ein. Zahlreiche Auswandererfamilien wurden unter den Trümmern begraben. Bisher wurden zehn Tote und acht Schwerverletzte geborgen. Unser Bild zeigt einen Teil der Genauer Auswandererheime.

Schweres Explosionsunglück beim Tunnelbau

Sechs Arbeiter getötet, zehn schwer verletzt

London, 10. Juni. Bei dem Bau eines Gesteinstunnels unter dem Vetroittfluß in der Nähe der amerikanischen Stadt Detroit explodierten aus noch nicht bekannten Ursachen mehrere Kisten mit insgesamt 250 Pfd. Dynamit. Sechs Arbeiter wurden dabei getötet, zehn schwer verletzt.

Die Mörder der „Schwarzen Marie“ verurteilt

Ein Todesurteil

New York, 10. Juni. In dem Prozeß gegen den polnischen Schmittler Bogalla und andere wegen Ermordung einer polnischen Schmittlerin, die unter dem Namen „Schwarze Marie“ bekannt war, wurde am Sonntagabend das Urteil gefällt. Bogalla wurde wegen gemeinschaftlichen Mordes zum Tode und dauerndem Ehrverlust verurteilt.

Wegen Beihilfe zum Mord erhielt der Angeklagte Bogusky acht Jahre Zuchthaus und der Angeklagte Kawabich vier Jahre Zuchthaus. Der ebenfalls Mitangeklagte Lawronowicz wurde wegen Meineides in Tateinheit mit Begünstigung zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahre verurteilt. Frau Bogusky wurde aus Mangel an Beweisen freigesprochen.

Kriminalreporter von Spritschmugglern erschossen

Der Rache der Chicagoer Unterwelt zum Opfer gefallen

New York, 10. Juni. Der amerikanische Journalist Vingle, der sich hauptsächlich mit Kriminalreportage beschäftigte, wurde vor einigen Tagen am helllichten Tage von Spritschmugglern in den Straßen Chicagos durch einen Schuß in den Hinterkopf getötet.

Vingle hatte sich mit seinem zum größten Teil im Hintertreppentheil maßlos aufgebauten Artikel über die Chicagoer Unterwelt deren stärksten Unwillen zugezogen und stand mit den Polizeibehörden in einem engen Vertrauensverhältnis.

Affenjagden im Pariser Bois de Boulogne

Am ersten Pfingsttage bemerkten Spaziergänger, daß im Pariser Bois de Boulogne zwei Affen auf den Ästen des Parkes herumkletterten. Die herbeigerufene Feuerwehr hatte nur das Feiertagsvergnügen, Stundenlang hinter den dahenden Tieren herzujaufen. Während die Affen nach langen Bemühungen gefangen und getötet werden konnte, verschwand der Affenmahl spurlos. Bis zur Stunde hat er noch nichts von sich hören lassen.

Riesenwaldbrände bei Bernau

Am zweiten Pfingsttag wurde der Stadtforsit der märklichen Stadt Bernau von einem Riesenwaldbrand heimgesucht. Bevor die Wehren aus der Stadt und Umgebung eintreffen konnte, hatte das Feuer bereits ein Gebiet von mehr als 120 Morgen erfaßt. In stundenlangem Arbeit gelang es schließlich mit Hilfe dreier Berliner Löschzüge das Feuer zu lokalisieren.

Karussellbesitzer im Streit erstochen

Auf dem Dramburger Schützenplatz in Wittelpommern wurde der Karussellbesitzer beim im Streit mit Angetrunkenen durch einen Halsstich getötet.

Zuwelen im Werte von 250 000 Lire gestohlen

Der Frau eines französischen Großkaufmannes wurde im Raftschmelzwerk Mailand-Benebig eine Handtasche mit Juwelen und Brillanten im Werte von 250 000 Lire gestohlen.

Drei Segler in der Ostsee ertrunken

Bei Scharitz ist ein Segelboot auf der Ostsee geteilt. Die drei Insassen ertranken, bevor Hilfe herbeifahren konnte.

Die Schreckensbilanz der Feiertage:

Schiffstatastrophen, Riesenfeuer und Unglücksfälle in aller Welt

Überall Tote und Verletzte

100 Tote bei einer Schiffstatastrophe

London, 10. Juni. Der chinesische Dampfer „Situng“ lief nördlich der Mündung des Jangtsestromes auf ein Riff und sank sofort. Mehr als 100 Passagiere und die gesamte Besatzung sind ertrunken.

Dänische Hafenstadt in Flammen

Kopenhagen, 10. Juni. Ein großer Teil der dänischen Hafenstadt Kopenhagen a. Falster, die 15 000 Einwohner zählt, steht seit dem ersten Pfingsttag in Flammen. Das Feuer entstand in einem Holzlager am Hafen. Infolge des orkanartigen Sturmes dehnte sich der Brand auf die Lagerhäuser, auf das sogenannte Geschäftsviertel und auf viele Wohnhäuser aus. Mehrere Kornflus, Tabak- und Zigarrenfabriken sind niedergebrannt. Als Ursache des Riesenfeuers vermutet man, daß Obdachlose, die in einem Holzlager übernachtet haben, unvorsichtig mit Feuer umgegangen sind.

Autounfall Hamburger Erfurt-Fahrer

Hildesheim, 10. Juni. Ein von Hamburg kommender Postkraftwagen und ein Anhängewagen, auf denen Arbeiterportier zum Roten Reichstreffen nach Erfurt fahren wollten, kamen am ersten Pfingsttag an dem steilen roten Ferge zwischen Grasdorf und Bartjenstedt in rüchläufige Bewegung. Der Anhänger lief schräg über die Straße und stürzte um. Seine Insassen, insgesamt etwa 40 Genossen, gerieten zum Teil unter das Gefährt. Drei Genossen erlitten schwere Verletzungen. Die Leichtverletzten konnten nach Anlegung von Notverbänden nach Hamburg zurückerfordert werden.

Zwei Brüder vor den Augen ihrer Geschwister ertrunken

Düsseldorf, 10. Juni. Am zweiten Pfingsttag ertranken außerhalb Düsseldorf in der Nähe des Pappelwäldchens zwei im Rhein badende Brüder vor den Augen ihrer drei Geschwister, die am Ufer standen, ohne den Hilferufenen beistehen zu können. Die Leichen der Ertrunkenen konnten bisher noch nicht geborgen werden.

Am ersten Pfingsttag nachmittag ertrank ebenfalls in der näheren Umgebung von Düsseldorf, in Mönchenwerth, beim Baden ein 13jähriger Junge. Auch in diesem Falle kam die Hilfeleistung zu spät.

Sechsköpfige Familie bei einem Autounfall ums Leben gekommen

Philadelphia, 10. Juni. Während eines Regenschlurmes geriet ein Auto in der Nähe von Souderton im amerikanischen Staat Philadelphia von der Landstraße ab und stürzte in ein Wasserloch eines alten Stahnröhres. Die sieben Insassen, von denen sechs einer Familie angehörten, ertranken.

In den Bergen abgestürzt

Genä, 10. Juni. Am Pfingstsonntag wurde bei einem Ausfluge auf den Kaiserstuhl im Eisenerzgebiet ein Wiener Buschtruckerlektro von einem Lawetter überrascht. Er wurde von einem angeschwollenen Wildbach erfasst und in die Tiefe geschleudert, wobei er den Tod fand.

Vom vorbeifahrenden Zuge erfasst und getötet

Bingen (Rhein), 10. Juni. Auf der Strecke nach Niederburg lehnte sich aus einem Abteil des Zuges, in dem eine Fußballmannschaft Platz genommen hatte, einer der Sportler zu weit aus dem Fenster heraus und wurde von einem aus entgegengekehrter Richtung vorbeifahrenden Güterzuge erfasst und auf der Stelle getötet.

Wierzehn Todesopfer der Prohibition

New York, 10. Juni. In den beiden Pfingsttagen sind hier nicht weniger als 14 Personen an Alkoholvergiftung gestorben. Allein in einem einzigen geheimen Restaurant wurden 40 Liter Alkohol gefunden, der von den Prohibitionsbehörden als „vergiftet“ gekennzeichnet wurde.

Das Luxushündchen

Von Erich Weinert

Den hat sich die Frau Direktor gekauft,
Da war er vierzehn Wochen,
Für 2000 Mark, mit Haut und Knochen.
Dann hat sie ihn „Sonny boy“ getauft
Mit einem Flakon
„Quelques Fleurs de Manon“;
Da hat er gleich mondän gerochen.

Er hat ein Zimmer mit Himmelbett,
Elektrisch gewärmten, seidenen Kissen,
Silbergeschirr und Marmorklosett,
Und jeden Tag Leckerbissen.

Er hat einen Koch und eine Mamsell.
Der eine sorgt für seinen aristokratischen Magen;
Die andre muß ihn aufs Töpfchen tragen,
Und pinkelt er mal aufs Bärentfell,
Oder ihm will das Menü nicht passen,
Dann werden sie beide fristlos entlassen.

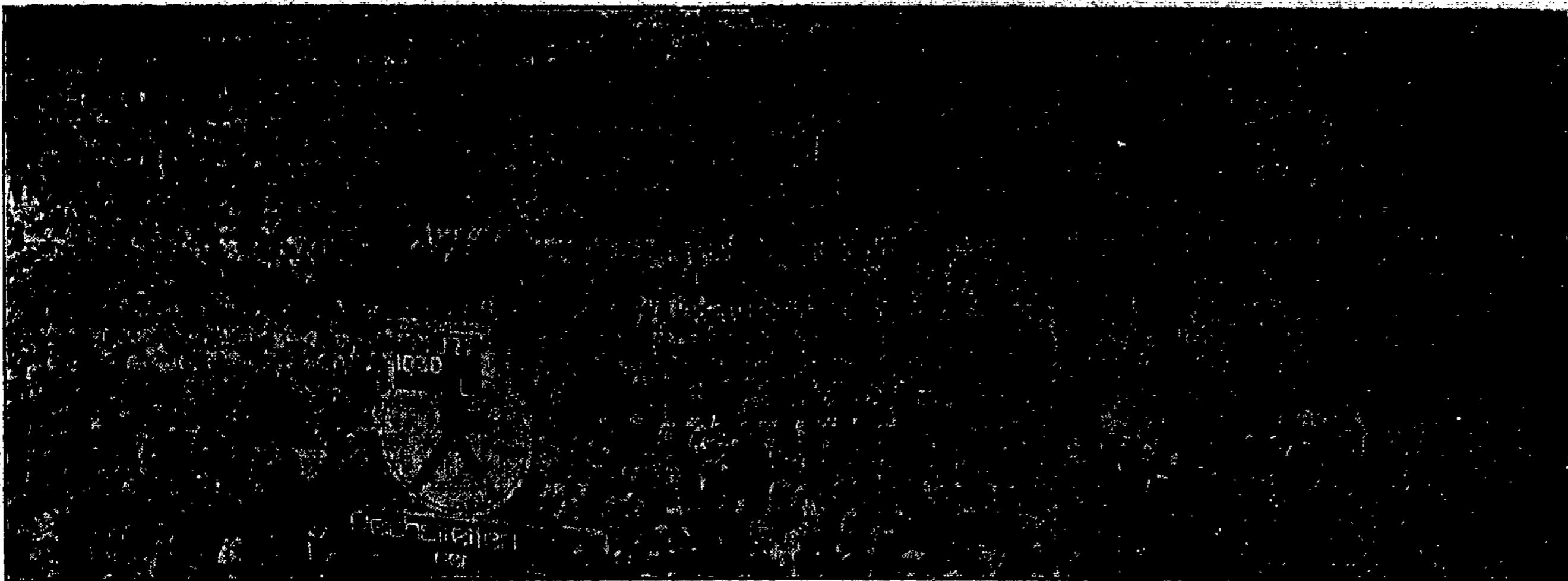
Zum Frühstück bekommt er Hummer garniert
Oder gebackene Taube mit Reis;
Mittags wird Hühnerbouillon serviert,
Gedämpfte Gänseleber und Sahne auf Eis.
Und wenn ihm mal das Menü nicht schmeckt,
Gibt's einen Karton Pariser Konfekt.
Sein Hausarzt muß seinen Stuhl regulieren
Mit Massagen und warmen Oelklystieren.

Und kommt Frau Direktor mit tausend Flöten
Im Monat für „Sonny boy“ nicht aus,
Dann rationalisiert Herr Direktor ein paar Proleten
Aus seinem Betrieb hinaus.

Aber geht auch für jedes Exemplar
Dieser gesegneten Aristokratenhunde
Eine ganze Proletenfamilie zugrunde . . .
Es sind doch süße Geschöpfe, nicht wahr?

Aus der neuesten Nummer der AIZ.

Die schlesischen Sportgenossen in Erfurt



(Von einem Fahrteilnehmer)

Auch die schlesischen Arbeitersportler hatten es sich trotz der großen Entfernung und der gerade hier schweren wirtschaftlichen Lage nicht nehmen lassen, ihre Vertreter zum „Erfurter Roten Sporttreffen“ zu entsenden.

Sammelpunkt der schlesischen Teilnehmer war Schobert bei Lauban. In einem Schneekauto wurde die Fahrt in der Nacht zum Sonnabend angetreten.

Der Anmarsch in Erfurt machte einen überwältigenden Eindruck. Stundenlang marschierten von mehreren Seiten her die Sportlerkolonnen an. Die Rundgebung auf dem Friedrich-Wilhelm-Platz, von der unser obiges Bild nur einen Teilausschnitt wiedergibt, hinterließ einen unvergesslichen Eindruck.

Die schlesischen Teilnehmer waren in einem Ort nahe bei Erfurt untergebracht worden. Ein kleiner Ort von ungefähr 4000 Einwohnern hatte nicht weniger als gegen 700 rote Sportler aus Schlesien, Berlin und Pommern aufgenommen.

Zu schnell vergingen die Stunden. Montag nachmittag mußte bereits die Rückfahrt angetreten werden. Sie führte über Weimar, des Reichs Ministerstadt, wo im Schutze der Polizei Kaschibengels prominenter und mit verbissener Wut unsere Kampflieber hörten und die Sympathieundgebungen der sehr zahlreich auf den Straßen versammelten Arbeiter ansehen mußten.

Die Pfingsttage haben manchen von uns zum ersten Mal in seinem Leben einen Einblick tun lassen in andere, bisher unbekannte Gebiete. Sie haben in uns allen die Ueberzeugung gefestigt, daß die rote Massenfront sich in immer stärkerem Maße formiert.

Die Reaktion triumphiert in Krietern

Im Junihaus in Krietern ist man dabei, den Rundfunk mehr und mehr der Reaktion anzuliefern. Das Programm, das man jetzt der Bevölkerung vorgesetzt mag, hat einen Tiefstand erreicht, der kaum noch unterboten werden kann.

Wie weit die Auslieferung des Rundfunks an die Reaktion bereits gediehen ist, das zeigt das Programm vom Sonntag vor acht Tagen. Da gab es:

- 8,45: Geden der Christuskirche.
11,00: Evangelische Morgenfeier.
15,50: Was uns Michael Willmann (religiöser Maler) bedeutet.
17,00: Reportage aus dem Kloster Leubus.
19,00: Generaloberst von Seedt: Ueber Carl von Clausewitz.

Die hundertprozentige Verpflanzung des Programms ist also nahezu erreicht. Was leistet man überhaupt noch dort draußen in Krietern? Nicht wenig stolz ist man auf die Uraufführung von Hörspielen, die sogar regelmäßig immer von der Deutschen Welle in Königs Wusterhausen übernommen werden.

„In einer Vorrede versuchte der Verfasser, dieses Hörspiel als unliterarisches, akustisches Unterhaltungsspiel zu klassifizieren und die Vorzüge seiner dramaturgischen Technik darzulegen... Ein tendenzloses, effektvolles Stück sollte es werden, und es wurde in Ermangelung jeder Stellungnahme des Autors ein zeiträubender Bluff.“

Das ist deutlich. Das ist eine Feststellung, die man sich in Krietern nicht hinter den Spiegel stecken wird. Zu fragen bleibt, was denn eigentlich der „Arbeiter-Radio-Bund“ zu dieser ständig fortschreitenden Verflachung und Verpflanzung des Programms zu sagen hat.

Der weitaus überwiegende Teil der Hörerschaft gehört der werktätigen Bevölkerung an. In Krietern aber sendet man unbekümmert darum zu 95 Prozent blöden und verhassten bürgerlichen Klatsch und Mist.

Rüffel zum Solidaritätstag 1930

Das Fest der Solidarität findet am 20. Juni im Gartenhof „Paradies“ in Döblich statt.

Autofahrt zum Roten Tag nach Liegnitz

Am 15. Juni findet ein Roter Tag in Liegnitz statt. Fahrkarten sind bei den Jungkommunisten sowie Freiheitstraße 2 und Oberstraße 23 zu haben.

Büdo Salonwachs für den Fußboden

Magistrat sucht für Reichswehr-Offiziere

Die „Volkswacht“ hat die Oppositionsphrase schon aufgegeben — Sie und die „rabuläre“ Breslauer SPD wieder offen reichswehrfreundlich

Die gestrige bürgerliche Tagespresse enthält ein Inserat, in dem der Magistrat gegen Bezahlung für die Wandübungen der Artillerieschule Jüterbog Bürgerquartiere sucht. Die Mäntel der Artillerieschule waren bekanntlich der Anlaß zum Auffliegen der letzten Stadtverordnetenversammlung.

Sieben Stellen wir fest, daß auch die „Volkswacht“ das Inserat gedruckt hat. Die SPD hat also ihr Oppositionsgemerkel schon aufgegeben und ist wieder offen reichswehrfreundlich.

Im Zeichen der kapitalistischen Wohnungspolitik

Am zweiten Feiertag nachmittags stürzte in dem Hause Trachenberger Straße 76 im I. Stock ein zwei Quadratmeter großes Stück der Decke herunter auf ein Bett, das dabei zertrümmert wurde.

Schiefwütige Polizei

Am Mittwoch wurde in Breslau-Goldschmieden in eine Villa ein Einbruch verübt. Die Täter flüchteten mit Fahrrädern. Die benachrichtigte Polizei stellte einen der Täter in der Gegend von Rasthen, die anderen beiden wurden in einem Kornfeld gestellt.

Schwerer Verkehrsunfall. Gestern abend stürzte der Arbeiter J. Sabowastraße wohnhaft, auf der Graudenistage gegenüber dem Borsenteller von einer fahrenden Straßenbahn und blieb in schwerverletztem Zustande liegen.

Leurer wie in Leerbeutel. Dieser Tage wurde ein Reichwehrgänger, als er in der Ober Bobitz, aus seinem verrosteten Auto an der Ober bei Rasthen, gegenüber der Wasserwerkstraße, eine Hofe, Bomb und ein Portemonnaie mit 220,- Mark, gestohlen.

Beim Pferdebesuchen ertrank. Am Montag vormittag erkrankte beim Pferdebesuchen in der Ober in der Nähe der Villa Bobitz der Rasther Erich Eich, Rostmarkt 12 wohnhaft. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

Jungspartaklub. Scheitrig. Heute Mittwoch, 17 Uhr, Perkalozillaule, Ede Büchlerial. — Uben. Heute Mittwoch, 17 Uhr, Königgrätzer. Ede Launenstunde.

Bekanntmachung für den politischen Teil: Es ist bekannt, dass für den Wahlkreis (unser Oberbischöflich) am 17. Juni 1930 die Wahl für Oberbischöflich Erich Seebach, Oberbischöflich für Unterbischöflich...

Waldenburger Bergland

Den Rekord geschlagen

„Punkto Bestrafung hat auf der Segen-Gottes-Grube der Steiger Scholz in der 21. Abteilung. Allein am 3. Juni sind 27 Mann bestraft worden, am 4. Juni zwei Mann und am 5. Juni vier Mann. Das sind in drei Tagen 33 Mann. Es hat den Anschein, als ob der Steiger sich bei der Direktion beliebt machen wollte, weil er mit seinem Soll im Rückstand ist. Ober glaubt er dadurch den Fahrsteigerposten schneller zu erringen? Wir warnen ihn, den Hagen zu Kraft zu spannen, sonst könnte es vorkommen, daß die Leistung noch weiter sinkt, und er läme dabei zuerst unter die Räder.“

Auf offener Straße beraubt

Am 1. Juni auf der Straße von Weiskstein nach Waldenburg wurde in der Nacht zum Dienstag ein Kellner in der Nähe der Fuchsbühlweiche von drei Banditen überfallen und seiner Barchast in Höhe von 62 Mark beraubt. Die Banditen entflohen nach dem Raub auf ihren Fahrrädern.

Selbstmordversuch

In den Anlagen des Irzgartens erhängte sich ein Bergbauer. Er wurde von Passanten abgesehen und konnte wieder ins Leben zurückgerufen werden.

Ein „feiner“ Hauswirt

Der Hausbesitzer Seidel, Oststoll Konradstraße Nr. 27, verleiht im Sonntagsabend während einer Auseinandersetzung der alleinstehenden, bejahrten Frau Beer einen heftigen Schlag, so daß die Frau nicht schlagbar, wieder aufzustehen. Der „tapfere“ Schläger lief mit seiner Frau schnell in seine Wohnung (wie es Stadtlungen machen) und ließ die hilflose Frau liegen. Diesen Vorfall beobachtete ein Mieter, der sofort einen Arzt bestellte. Als das der Brügelheld hörte, war es aus mit dem Mieta, und die Hauswirtin bettete in widerlicher, heuchlerischer Weise die immer noch daliegende Witfrau, keine Anzeige zu erhalten. Unter den Versprechungen, daß nun alles gut werden wird, und daß sie es von allen Mietern am besten haben soll, streichelte die Wirtin die schmerzenden Stellen der Verletzten. Das Betteln, auf den Arzt zu verzichten, war fruchtlos. Erst Brutalität, dann Krokodilstränen.

Seidel ist den Einwohnern durch verchiedene Drapourstücke bereits bekannt. Einem über 70 Jahre alten Mann hat er schon

stern mit Prügel gedroht. Einer jüngeren Frau lief er nach bis vor die Stubentür. Durch schnelles Abschleichen konnte sich die Frau vor dem Hölbling noch retten. Einen achtjährigen Jungen schlug er ins Gesicht, daß ihm die Zähne bluteten.

Auf wochlose Frauen, Greise und Kinder hat es also dieser Prügelheld abgesehen, und nur dann, wenn die Männer auf Arbeit sind. Die Mieter haben keine Lust, sich fortwährend mit diesem auf dem Geleise herumzutreiben. Kann die Polizei gegen den Hölbling nichts unternehmen, oder sollen die Mieter zur Selbsthilfe gezwungen werden?

Oberes Revier

Der Internationale Bund tagt

Im Schäpshaus Gottesberg fand die Mitgliederversammlung

Vogelsdorf in Deutschland voran!

Was noch von keinem anderen Orte berichtet werden konnte, leistet sich die Gemeindevertretung Vogelsdorf im Kreise Landesbesitz unter Leitung ihres äußerst tüchtigen (reaktionären) Gemeindevorstandes Weist. Noch nirgends sind bis jetzt Ausländer, noch dazu deutschstämmige, bei vorliegender Bedürftigkeit von der Wohlfahrtsfürsorge ausgeschlossen worden. Vogelsdorf mit Weist an der Spitze schießt allen anderen den Vogel ab. Zwei Ausgesteuerte, deren Vater selbst erwerbslos und Altersrentner ist, erhielten auf ihren Antrag auf Wohlfahrtsunterstützung folgenden Bescheid:

„Die Anträge auf laufende Unterstützung der Gebrüder ... sind in der Sitzung am 30. Mai (Mitte April waren die Anträge gestellt worden) abgelehnt worden, da die Antragsteller, als hochschollamatische Staatsangehörige“ sind.“

Der Gemeindevorstand berief sich bei seiner Ablehnung auf eine angebliche Verfügung der Regierung, Ausländern in Zukunft die Unterstützung zu verweigern, ja er sprach sogar von Ausweisung. So leicht dürfte aber die Durchführung des Programmpunktes der Nazis, die daselbst fordern, nicht werden. Millionen Deutsche sind im Ausland in Arbeit und Stellung, die bei einem derartigen Vorgehen der deutschen Regierung Verpehlung befürchten müßten. Genau so reaktionär wie der Vorsitzende, welcher, wenn er in das Gemeindebüro kommt, nicht grüßen kann, ist sein „Adjutant“, Lehrer Hante. Dieser schnauzt die die Amtsstunde Besuchenden an, macht ihnen auch Vor-

stellungen über die von ihm als richtig anerkannte (Stahlfabrik, Nazi-) Bestimmung.

Ein Ausgesteuerter mit einem Kind erhielt wochenlang nur 5 Mt. Unterstützung, dafür sollte er wöchentlich elf Stunden Pflichtarbeit ohne jede Entschädigung (!) leisten. Ja noch mehr, die Pflichtarbeiter sollten noch ihre eigenen Arbeitsgeräte ohne jede Entschädigung zur Verfügung stellen. Jetzt erhält derselbe 8 Mark Unterstützung, soll aber dafür 18 Stunden Arbeit leisten. Weist, der bei Zusammenkünften seinesgleichen nicht genug über die Not der Landwirtschaft klagt und schimpft und Lehren hante, sie sind die treuesten Stützen des herrschenden Systems. Die Einwohner Vogelsdorfs, ganz gleich ob in oder außer Arbeit, müssen sich ganz entschieden gegen eine derart arbeitserneuerliche Einstellung dieser Vorgößen wehren. Den Arbeitslosen rufen wir zu: Erhebt euch zusammen zur Abwehr solcher Zustände, füllt die vom Erwerbslosenausschuß herausgegebenen Fragebogen über die Behandlung der Ausgesteuerten aus, entsendet die Vertretung eures Ortes zu der am 16. Juni, nachmittags 2 Uhr, in Landesbesitz, „Gasthof zur Sonne“, tagenden Kreis Konferenz, wo zu den schärfsten Verhandlungen der Ausgesteuerten durch Gemeinden und Kreisaussschuß Stellung genommen wird. Nehmt auch ein Beispiel an der Tätigkeit der Erwerbslosen anderer Orte, wehrt euch gegen jede Ver-

schlechterung! „Kämpfen“. Wir werden den wirklichen Kampf, wie Gen. S. angekündigt hat, außerhalb des Parlaments organisieren.

Pfingst„beihilfe“

Die „Beihilfe“ des Magistrats sieht so aus, daß durch die Festsetzung der Höchstätze viele auch das Wenige nicht bekommen. J. A. ein Arbeiter mit zwei Kindern, der neun Pfennige über den Satz hat, ging leer aus. Hoffentlich ist Herr Stadtrat Jentsch satt geworden und hat die „Feiertage“ gut verlebt.

Sagan

Hungerlöhne der Firma Wolf

A. R. Ein sehr „nobler“ Unternehmer ist der Architekt Wolf. Er hat aus dem Profit sich ein eigenes Sägewerk bauen lassen. Gleichzeitig ist er Besitzer von zwei Autos. Sein Vater ist der Stadtbaumeister. Auf dem Sägewerk beschäftigt er ein paar Arbeiter, einen Betriebsleiter, sowie ein paar Holzschäler. Den Holzschälern zahlt er 50 Pfg. pro Festmeter. Als nun die Holzschäler um Lohn-erhöhung baten, erklärte er: Ich glaube, daß ihr nichts verdient, aber wir können nicht mehr zahlen. In Bergsdorf erhalten die Holzschäler pro Festmeter 75 Pfg., bestimmt auch kein zu hoher Satz. Erst vor zwei Jahren konnte er sich sogar eine Villa bauen lassen, die Arbeiter aber dürfen nichts verdienen. Der Bau Güntherstraße, Ecke Kasernenstraße, wurde im Vorjahre, wie man zu sagen pflegt, nur einfach hochgeleitet. Neue Steine der Stadt wurden zu hunderten anstatt Beton in den Grund verwandt. Der schmuckhafte, ausgeschaltete Schließland wurde anstatt Kiesland verbaut, und Herr Wolf soll dadurch Weiskst. sowie Zement geparkt haben. Aber auch das Anfahren von gutem Sand ist eine Ersparnis, wenn es unterbleibt und an dessen Stelle der schmutzige Schließland verarbeitet wird. Dazu muß bemerkt werden, daß Architekt Wolf mit seinem Angebot der Billigkeit war, für 30 000 Mark erhielt er den Zuschlag, ohne Meißler zu sein.

Niederschlesien

Liegnitz

Die erhöhten Stadtväter

Und sehr schnell wieder zur gewohnten Ruhe gekommen. Am Anfang der Donnerstagssitzung erwidert der Vorsitzende, sich bei den Beratungen kurz zu fassen. Jedoch haben wir bei den Ausführungen meines Freundes Helmrich, über dessen Ausführungen wir schon berichtet, nichts von Kürze gemerkt. Für die Gesandtschaft wird die Neuanschaffung einer Kofenförderanlage gefordert. Gen. S. weiß daraufhin, daß bei dieser Rationalisierung wieder Arbeiter brotlos gemacht werden sollen und fordert, daß dies nicht geschehen darf. Auch stellt er die Frage, warum der bei der Erhöhung des Gaspreises beschlossene Erlaß für die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger nicht berücksichtigt wird. Doch da stellt sich der Magistrat taub und schweigt sich in allen Sprachen aus. Doch gleichzeitig müssen wir hören, daß die Leitung des Gewerks sich über den Beschluß der städtischen Körperschaften hinwegsetzt und den Preis für Großabnehmer (über 900 Kubikmeter) nicht erhöht. Das nennt man „gleichmäßige Verteilung der Lasten“. Verschiedene Etats werden beraten. Das einzige Erfreuliche bei dem Polizeiretat ist, daß einige erwerbslose Angestellte über vier Monate Beschäftigung finden. Eine längere Debatte löste die Beratung des Wohlfahrtsrats aus. Nach Arbeitslosigkeit und Notstandsarbeit verlangt alles (bleib das kein Geld kosten). Auch Frau Schöffler (Eveng. Volksdienst) berichtet ihr Mitleid mit den Erwerbslosen. Sie weisen dieses Mitleid zurück und stellen fest, daß die Armen der Armen auf das Mitleid jener Leute mit ihren Vätern weisen. Der Nazi glaube auch wieder einmal, seinen Kopf verapfen zu müssen. Durch die Pfingstbeihilfe für Erwerbslose, ein Brot und ein Stück Fleisch, glaubt man, den Forderungen der Erwerbslosen nach-

kommen zu sein. Als Genosse S. der Ueberzeugung der Erwerbslosen Ausdruck gab, daß diese „Beihilfe“ eine Verhöhnung ist, küßt sich Vorsitzende Rosenberger bemüht festzustellen, daß die Erwerbslosen dafür „danbar“ sind. Gen. S. fordert ihn auf, diese Meinung bei den Erwerbslosen zu vertreten. Zur nächsten Erwerbsloserversammlung ist Herr Rosenberger freundlichst eingeladen. Auch protestiert S. gegen den vom Wohlfahrtsamt vorgelegten Revers, den er sehr richtig als „Wisch“ bezeichnet. Diese Maßnahme seines Amtes müßte natürlich Stadtrat Jentsch verteidigen, daß er dabei Sowjetrußland oft anführt, ist Demagogie. Beim Etat der Verwaltung wird gefordert, einen Untertunftsraum für die Arbeiter zu schaffen. Dies Versprechen wurde schon voriges Jahr gemacht, wird aber nicht eingelöst, da Rechts und Mitte dagegenstimmen. Von denen werden nur Mittel für Klambim bewilligt. Es kommt dann zu dem von uns berichteten Zusammenstoß, der nicht genug angeprangert werden kann, weil er das wahre Gesicht der gegenwertfreundlichen Stadtväter zeigt. Durch Beschlußfähigkeit wird die Sitzung auf Freitag vertagt. In dieser Sitzung wird von der SPD. eine leuchtende Erklärung abgegeben. Dem Vorsitzenden wird darin Unfähigkeit nachgesagt und der Mangel an guter Kinderstube. Das einzig Richtige ist, daß befristet wird, daß Rosenberger unsere Genossen bei jeder Belanglosigkeit rügt. Die Erwerbslosen M. A. ist eine neue Provokation, die mit der Versicherung schließt, in Zukunft die Geschäftsbürokratie strenger zu handhaben. Die Beladigung gegen Gen. S. (SPD.) ist ihm „herausgeschlupft“. Wenn das „Tageblatt“ schreibt, S. nimmt die Meinung zurück und West stellt das mit Befriedigung fest, so ist dies eben nicht wahr. Doch für die „Kampf“- (des Krampf) Partei SPD. ist alles in Butter und man kann weiter um die Interessen der Arbeiterklasse im Parlament

Erfolgreicher Kampf der Laubaner Ausgesteuerten und Pflichtarbeiter unter Führung der KSD.

Selbst erhalten wir folgenden Bericht aus Lauban: Vorige Woche hatte der Erwerbslosenausschuß Lauban zu einer Versammlung aufgerufen, welche zu der ungeheuren schlichten Lage der Ausgesteuerten Stellung nahm. Die Versammlung war überfüllt und von guter Kampfstimmung. Nach eingehender Diskussion wurde folgendes Kampfprogramm aufgestellt:

1. Abschaffung der Pflichtarbeit und Einsetzung in ein verfassungsgemäßes Arbeitsverhältnis oder ausreichende Unterstützung.
2. Sofortige Auszahlung der bewilligten 10 Pfg. pro Stunde Erhöhung auf 20 Pfg. pro Stunde vom ersten Tage ab.
3. Nichttätige für alle Ausgesteuerten und Abschaffung der Bedürftigkeitsprüfung.
4. Gewährung von Mietsbeihilfen aber nicht, wie bisher, auf Kosten der Unterstützung.
5. Zahlung von Zuschuß an alle Antragsteller, bis der Antrag bewilligt ist.
6. Gewährung von Mitteln zur Beschaffung von Bekleidung und Schuhen.
7. Wir beantragen sofort eine außerordentliche Magistratsitzung, welche zu diesen Punkten Stellung nimmt und beantragen, bis 16 Uhr Bescheid.

Es wurde sofort eine Kampfleitung gewählt und die Forderungen dem Magistrat überreicht. In geschlossener Demonstration zogen die Ausgesteuerten und Pflichtarbeiter vor das Rathaus. Montag war die Demonstration noch wichtiger. 1200 Erwerbslose und Ausgesteuerte nahmen daran teil. Der Bürgermeister hatte Verstärkung der Polizei aus Görlitz herangezogen. Alle Provokationsversuche scheiterten an der Disziplin der Demonstranten. Schließlich drangen die

Erwerbslosen in das Rathaus ein, die Polizei wurde abgedrängt. Eine Delegation begab sich zum Bürgermeister, der die Namen der Delegation durch einen Kriminalbeamten feststellen (!) ließ. Dann erklärte er, daß sie sich krankbar gemacht haben wegen „Hausfriedensbruch“, „Landfriedensbruch“, „Anfreizung und Rädelsführerschaft“. Er erhielt zur Antwort: „Dann soll er mit den gesamten Demonstranten verhandeln“. Unter diesem Druck wurde sofort eine außerordentliche Magistratsitzung einberufen.

50 000 Mark wurden sofort zur Verfügung gestellt.

Es wurde bewilligt: Die sofortige Auszahlung der 10 Pfg. pro Stunde. Als sofort ein Zuschlag von 20 Pfg. pro Stunde. Einschränkung der Pflichtarbeiten, Befreiung aller Ausgesteuerten über 40 Jahre von der Pflichtarbeit. Verlegung der Stempelzeit und Auszahlung der Unterstützung nach den gestellten Forderungen.

Sofort bei Beginn des Kampfes wurde von der Kampfleitung bei der Geschäftswelt eine Sammlung durchgeführt, die einen guten Erfolg hatte. Empört brachten die Geschäftskleute ihre Ungutwilligkeit mit dem unfähigen Magistrat zum Ausdruck, der eine derartige Behandlung der Ausgesteuerten treibt.

Eine von glänzender Kampfstimmung getragene, fast besuchte Versammlung am Donnerstag, den 5. Juni, in der ein Vertreter der KSD. und des Bezirkskomitees der KSD. referierte, nahm einstimmig folgende Entschlußung an:

„Die heutige Streikversammlung der Ausgesteuerten, Erwerbslosen und Pflichtarbeiter beschließt, die Arbeit unter den erreichten Forderungen wieder geschlossen aufzunehmen, betont aber auf das entschiedenste, bei dem geringsten Versuch des Magistrats und Arbeitsamtes, die erlängten Forderungen nicht innenzulassen, den Kampf sofort mit noch härteren Mitteln geschlossen wieder aufzunehmen, die Kampfbasis zu erweitern unter Einbeziehung der Arbeiter aus den Betrieben. Die gewählte Kampfleitung bleibt bestehen.“

Den kämpfenden Mannfelder Arbeitern erwiderten die Laubaner Erwerbslosen, Ausgesteuerten und Pflichtarbeiter, revolutionäre Kampfsprüche und begrüßen vor allem den geschlossenen Abwehrlampf unter der Führung der KSD.

Es lebe die Einheitsfront der kämpfenden Arbeiterklasse, es lebe die KSD., es lebe die SPD!

Am Freitag wurden die Ausgesteuerten durch die KSD. mit Lebensmitteln unterstützt. Über 120 Familien wurden bedacht. Welche Kampfstimmung unter den kämpfenden herrschte, zeigte folgendes: Zwei Demonstrationen, von einer Teilnehmerzahl, wie Lauban noch keine gesehen hat, wurden maßgeblich trotz aller Provokationsversuche durchgeführt. Eine Versammlung der

Nazis, welche im Trüben sichten wollte, wurde am Mittwoch unter dem Gesang der Internationale gesprengt. Einigen Hitlerjugenden lief bei der Berührung mit Protesten die rote Suppe aus der Nase. Spontan bildete sich ein Demonstrationzug von 400 Teilnehmern, der geschlossen zum Ring marschierte und um 23 Uhr nach der Ansprache eines Genossen sich auflöste.

Die Sozialistischen und Gewerkschaftsaburokraten, die sich bisher nicht im mindesten um die Erwerbslosen und Ausgesteuerten bemühten (höchstens um Entzug der Unterstützung), beriefen für Freitag eine Versammlung ein. Aus der Streikversammlung marschierten die Protesten in die SPD.-Versammlung, welche von der Polizei geschildert wurde. Auch diese Versammlung wurde unter dem Gesang der Internationale gesprengt. Mindestens 500 Arbeiter verließen das Lokal und wurden von der Gummiknüppel schwingenden Polizei empfangen. Auch diese Provokation scheiterte an der Disziplin der Arbeiter.

Die Arbeiter in Lauban haben erkannt, daß sie, nur gestützt auf ihre eigene Kraft, unter eigener Führung, unter Leitung der KSD. und SPD. ihre Kämpfe siegreich führen können. Mehrere, schon viele Jahre in der SPD. organisierte Arbeiter erklärten: „Ja, hier sieht man wenigstens, daß gelämpft und richtig organisiert wird.“

Wandeleibhaus Grundmann

Dreslau, Trebnitzer Str. 21
Beilehung v. Anzügen, Wäsche
und Schmudsfachen

„Hämorrhoiden“

behandelt Spezialist seit 23 Jahren
auch in schweren Fällen. Geld zur-
rück bei Nichterfolg, daher keir
Risiko! Leidende, gebt sofort
Adresse an

Fabrikant Franz Paulsch-Tropa
Berlin - Charlottenburg 2 Schließfach 102

Oberschlesien

Für internationale Kampfgemeinschaft zur Verteidigung der Sowjetunion

Internationales Grenztreffen der deutsch-tschechischen Arbeiterschaft in Biegenhals

Am Pfingstsonntag trafen sich in Biegenhals circa 1000 deutsche und tschechische Arbeiter und Jungarbeiter, um an der Grenze eine Kundgebung für den internationalen Kampf des Proletariats gegen seine Unterdrückung, für die Verteidigung der Sowjetunion durchzuführen. Lastauto auf Lastauto kam in Biegenhals an, begrüßt von den Arbeitern des Ortes, ängstlich von den Spießhähnen betrachtet, die es gar nicht verlohnen konnten, die Stadt von den Arbeitern beherrscht zu sehen; überall rote Fahnen aufsteigen zu sehen. — Mittags formierte sich eine mächtige Demonstration, die durch die Straßen der Stadt führte. Am Ringe wurde eine Kundgebung abgehalten. Es sprach dort der Genosse Selbmann für die Partei. Er führte u. a. aus, daß dieses Grenztreffen in eine Zeit falle, in der die Bourgeoisie, um aus den stets wachsenden Schwierigkeiten herauszukommen, energischer als zuvor eine Generatoffensive gegen die Lebenshaltung des Proletariats durchführt und energischer als zuvor den Krieg gegen die Macht der Arbeiter und Bauern, gegen die Sowjetunion vorbereitet. Über die Grenzpfähle hinweg müssen sich die Arbeiter aller Länder die Hände reichen, um in gemeinsamem Kampfe unter Führung der kommunistischen Internationale die Herrschaft der Ausbeuter zu stürzen und die proletarische Diktatur aufzurichten. Nach dem Genossen S. sprach ein Vertreter des kommunistischen Jugendverbandes, der aufzeigte, daß der KJ.V. die einzige Jugendorganisation ist, die im Interesse der Arbeiterjugend wirkt und auch sie vorbereitet zum Kampfe für die Revolution.

Es sprach dann noch, begeistert begrüßt, ein Vertreter der tschechischen Bruderpartei, der dem ober-schlesischen Proletariat die Grüße der tschechischen Bruderpartei überbrachte. Der Gesang der Internationale, der in deutscher, polnischer und tschechischer Sprache erklang, beendete die wichtige Kundgebung, an der sich ebenso wie an der nachfolgenden Demonstration, weit über tausend Arbeiter beteiligten.

Am Montag erfolgte dann eine Werbedemonstration durch eine Anzahl Grenzbrüder nach der Bischofskoppe hinaus. Schwer bewaffnetes tschechisches Militär provozierte dauernd die an der Grenze lagernden Arbeiter. Es konnte nicht verhindert werden, daß auf tschechischem Boden noch eine abschließende Kundgebung stattfand, in der Genosse Selbmann noch einmal auf die Bedeutung des Treffens hinwies. Unter dem Gesang der Internationale erfolgte der Rückmarsch. Auf den Lastautos erfolgte die Heimfahrt.

Hindenburg

Achtung! Arbeitersänger!

Die nächste Gefangensprobe findet am Freitag, dem 13. Juni, statt. Vollständiges Erscheinen ist Pflicht! Sangeslustige Arbeiterinnen und Arbeiter werden ersucht, dem Arbeitergesangsverein beizutreten. Die Proben finden jeden Montag und Freitag in der Mittelschule um 10 Uhr statt.

Am Sonntag, dem 15. Juni, veranstaltet der Gesangsverein einen Ausmarsch nach dem Gurowald (Schützenhaus). Die Zeit wird mit verschiedenen Volksspielen und Gesangsvorträgen ausgefüllt. Sympathisierende willkommen. Auftreten 15 Uhr vor dem Lokal 31 m e r. m a n n. Der Mandolinenklub wirkt ebenfalls mit.

Grubenverwaltung setzt Menschenleben in Gefahr

A. A. Unsere Konfordiagrube ist ja als der Betrieb bekannt, der sehr viel Menschenleben fordert. Erst vor kurzem sind durch die große Schlagwetterexplosion elf Kumpel gemordet worden. Der Profit erheischt neue Opfer. In der Abteilung 7, Andreassteg 3, im Streich gegen Süden ereignete sich in der Mittagschicht folgendes: An der Schrämmaschine ist ein elektrisches Kabel, das entweder durch Kurzschluß oder durch Beschädigung in Brand geraten ist. Im Handumdrehen gab es eine große Flamme, und auch wegen des Bestandes des brennenden Gummis flohen die Kameraden aus dem Streich. Das passierte in der Schlagwetterabteilung. In derselben ist das Arbeiten mit elektrischen Schrämmaschinen nicht zulässig. Auf Konfordiagrube ist alles möglich. Wo beachtet die Verwaltung die Sicherheitsvorschriften? Wenn einmal ein Kumpel beim Rauchen erwischt wird, da setzt Bestrafung mit einem Schlichtlohn ein. Bei dem obigen Brand war die ganze Belegschaft gefährdet!

Kameraden! Laßt nicht zu, daß neben der brutalen Ausbeutung eurer Arbeitskraft die Grubenmagnaten in solch leichtfertiger Weise mit eurem Leben umgehen. Nur durch euer Verhalten wird die Verwaltung gezwungen, die Sicherheitsvorschriften zu beachten. Gegen das mörderische Rationalisierungssystem muß die Bergarbeiterchaft kämpfen. Wer organisiert und führt diesen Kampf? Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition! Kameraden, schließt euch der K.O.D. an.

Nochmals Lohnabbau auf Guido-grube

(Von unserem Betriebsberichterstatter)

Auf obengenannter Anlage wird der Lohnabbau radikal durchgeführt. Kein Tag vergeht, wo nicht Kundigungen betreffs Lohnabbau erfolgen. Auch bei dem Kumpel, die noch heute im treuesten Kriecherverein mitarbeiten, macht man nicht Paß. Es wird nur nach Profit geschrien. Schafft der Arbeiter nicht das „Soll“, welches niemals nach den Ortsverhältnissen abgeschlossen, aber von ihm verlangt wird, sondern im Oberleitungsbüro diktiert wird, so heißt es: „Es werden wegen Minderleistung als Dauer abgebaut.“ Heute ist das Heptempo und das Antreiberstystem so groß, daß der Kumpel seine letzte Kraft für den Profit hergeben muß. Für seine Arbeitskraft muß der Kumpel mit seiner Familie am Hungertuche nagen, während die Antreiber aus dem christlichen Lager, wie Bergat Baumann und sein Anhang, auf Kosten des Arbeiters hohe Gehälter schlucken. Diese „Herren“ denken: „Der Kumpel hat nur die Pflicht, für diese Sorte Menschen Profit zu schaffen, auf der anderen Seite hat er kein Recht zu leben.“ Nicht umsonst war der Ausspruch des Reichsjustizministers Professor Dr. B r e d t: Wenn in Deutschland in einer Nacht 20 Millionen Menschen ausstirben würden, sind wir das reichste Land. Diese Antreiber wollen dies in die Tat umsetzen. Sehen wir uns mal die Delbräckschächte an, die auch unter der Führung dieses guten Christen Bergat Baumann stehen! Dort vergeht kein Tag, wo nicht ein Kumpel mit geschlagenen Gliedern ins Lazarett rausgeschifft wird.

Preußag-Kumpels! Wollen wir dem Treiben dieser Leute ruhig zusehen? Wollen wir zulassen, daß tagtäglich dieses mörderische Betriebssystem unsere Klassenossen mordet? Wollen wir zusehen, wie Not und Elend in unseren Familien wächst? Nein und abermals nein! Unter der Führung der K.O.D. als der einzig organisierten Kraft gegen die kapitalistische Ausbeuterordnung müssen wir sofort den

Kampf zu organisieren beginnen, müssen wir sofort revolutionäre Vertrauensmännerkörper schaffen. Parole: In jeder Abteilung ein revolutionärer Vertrauensmann! In der nächsten Belegschaftsversammlung, die der der letzte Prolet teilnehmen muß, müssen wir einen vorbereitenden Kampfschluß wählen. Die Gewerkschaftsbürokratie und ihre Betriebsräte werden nichts zur Ausübung eines umfassenden Kampfes tun. Vielmehr ist ihr Bestreben, zu bremsen. Kameraden, jetzt gilt es nicht mehr zu diskutieren, sondern zu handeln!

Pfingststrecke für das Stadtbad!

Wir machen nicht mit!

Der Magistrat sandte durch seine Pressestelle den Zeitungen einen Artikel zur Veröffentlichung zu, der zum abgelaufenen ersten Betriebsjahr des Stadtbades Stellung nimmt. In recht marxistischer Weise geschieht dies in dem Artikel. Man spricht dort von dem „Denkmal deutschen Kulturwillens“. Anlässlich des einjährigen Bestehens werden von Dienstag, den 10., bis Sonnabend, den 16. Juni 1930, die Preise in der Schwimmhalle um 50 Prozent ermäßigt. Das nennt man deutsche Kulturpolitik! Das ist die niedrigste Art von marxistischer Reklame, wie sie der schäblichste Kaufmann betreibt. Mit viel Lärm in den Läden zu laden, um ihn dann neppen zu können. Der Magistrat macht dies nicht anders. Nur einige Tage verbilligte Preise.

Industriearbeiter Oberschlesiens organisiert den Kampf!

gegen Massenentlassung, Lohnabbau und verschärfte Ausbeutung

Das Proletariat Deutsch- und Polnisch-Oberschlesiens ist durch die in der Bergbau- und Hüttenindustrie vorgenommenen und noch bevorstehenden Massenentlassungen aufgewühlt. Entsetzliche Not und Hunger, die im Industriegebiet haben und drüben stark vorhanden sind, werden durch die Massenentlassungen auf eine bisher noch nie dagewesene Höhe getrieben. In Deutsch-Oberschlesien wurden in der Bergbau- und Hüttenindustrie von Februar bis Mai 9000 Entlassungen vorgenommen, darunter 2000—3000 Jugendliche bis 23 Jahre; weitere Entlassungen stehen bevor. Neben den Entlassungen wurden in beiden Industriezweigen vom 1. Februar bis Ende Mai über 600 000 Festschichten eingelegt. Noch zuspitzter ist die Lage in Polnisch-Oberschlesien; hier will man in nächster Zeit ganze Betriebe in beiden Industriezweigen stilllegen.

Gegen die von den Industriegewaltigen eingeleitete Gewaltoffensive auf die Lebenshaltung der gesamten Arbeiterklasse nicht nur in Oberschlesien, sondern in ganz Deutschland und Polen gilt es sofort den richtigen Weg zu beschreiten und den Kampf unter Führung der K.O.D. gegen diesen Hungerluts zu organisieren. Wenn wir uns die Abbaupolitik genau betrachten, so müssen wir folgendes feststellen: Die Unternehmer nutzen diese Wirtschaftskrise geschickt aus, um in erster Linie erhöhte Profite für sich aus unseren Knochen herauszuschinden. Sie nehmen Lohnabbau vor, versuchen erhöhte Arbeitsleistung bei Innehaltung derselben Arbeitszeit herauszuholen, und unter dem Druck der Wirtschaftskrise können sie sogar Arbeitszeitverlängerung an. Lohnabbau wird folgendermaßen durchgeführt: Man zwingt Arbeiter durch Androhung von Entlassung einer Webers zu unterschreiben, wo er unter Druck die Einwilligung für kleineren Lohn zu arbeiten gibt. Andernfalls werden Bauer als Zimmerlinge begrabiert und sollen die ihnen zugewiesene Arbeit für Zimmerlingslohn ausführen, im Weigerungsfall erfolgt Entlassung wegen Arbeitsverweigerung oder man schickt Betriebsbeinschränkung vor. Bei den Arbeitsgerichten werden alle Klagen abgewiesen, weil die Verwaltungen schwere Wirtschaftskrisen vorschützen, und das genügt der Klassenjustiz. Solche Erpressungen werden besonders an Familienvätern vorgenommen, weil man hier damit spekuliert, die verheirateten Arbeitskollegen fürchten den Abbau wegen ihrer Familie mehr, und in den meisten Fällen gelingt den Verwaltungen dieses Verbrechen. Weil diese Lumpen genau wissen, daß jeder Mensch einen gewissen Grad Selbsterhaltungstrieb in sich verbirgt. Erhöhte Arbeitsleistung wird durch das schamlose Antreiberstystem erzielt. Die Folge davon ist erhöhte Zahl von Unfällen. Bemerkenswert dabei ist, daß ein erheblicher Teil jugendlicher bis zu 20 Jahren davon betroffen wird. Zurückschreiten darauf, weil man die durch Abbau betroffene erwachsene Arbeitskraft durch die noch im Betriebe verbliebene junge Arbeitskraft bis zu 20 Jahren ersetzt hat. Diese Jugendlichen bekommen laut Tarif einen geringen Lohn und leisten Arbeit wie Erwachsene. Gegen diese verschärfte Ausbeutung macht sich unter den jungen Arbeitern ein Widerstand bemerkbar. Durch häufigeres Ausbleiben von der Arbeit (das sogenannte Dummeln, wie es unsere Antreiber bezeichnen), Verweigerung von schweren und gefährlichen Arbeiten, tätliche Angriffe gegen unverschämte Antreiber und zuletzt eine schwere Gleichgültigkeit aller Arbeiter gegenüber, er wird mechanisiert und ist nur noch Werkzeug.

Die Verwaltungen gehen dazu über, diesen passiven Widerstand zu brechen, indem man junge Arbeiter, in den meisten Fällen über 20 Jahre, abbaut. Siehe Lufigrube, wo man vor kurzem 40 abgebaut hat und jetzt 244 junge Bergarbeiter abbauen wird. Hier muß die Organisierung des Kampfes Schulter an Schulter mit den Ermahnungen sofort in Angriff genommen werden. Klare Proteste, Annahme von Protestentscheidungen in gut besuchten Belegschaftsversammlungen, ist reformistische Gefühlswut über die schlechte Lebenslage der Arbeiterklasse und sind jetzt nicht mehr am Platze. Die Geschwinnisse schreiben uns unsere Kampfaufgaben vor.

Die Betriebsräte haben der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie klar und eindeutig das Mißtrauen ausgesprochen, die Demonstrationen am 1. Mai waren noch deutlicher. Die Sympathien für die revolutionäre Gewerkschaftsopposition sind stark gewachsen. Desgleichen wächst das Vertrauen der polnischen Arbeiter drüber zur kommunistischen Partei, wogegen das Vertrauen zu den Sozialchauvinisten ständig zurückgeht. (Siehe Deutschlandgrube in Polnisch-Oberschlesien: Opposition 800 Stimmen, Reformisten 85 Stimmen, und so in anderen Betrieben. Streik unter Führung der Opposition der Arbeiterinnen in der Falzabziegel in Polnisch-Oberschlesien.)

Massenossen! Sozialdemokratische, christliche und parteilose Arbeiter! Unter solchen Umständen mit der Organisierung und Führung

bütern. In einer so großen Arbeiterstadt wie Hindenburg möchte man mehrere solcher Stätten haben. In einem kapitalistischen Staate ist auch dieses „Stadtbad“ kein Volksbad im eigentlichen Sinne des Wortes. Ist diese Stätte breiten Arbeiterschichten zugänglich? Wegen der zu hohen Preise nicht. Nur die kommunistische Fraktion hat wiederholt Anträge auf wirkliche Verbilligung der Badpreise gestellt, die von der antiproletarischen Front — Deutschnationale bis zu den Sozialfaschisten — abgelehnt wurden. Bei den kommenden Beratungen wird dieser im Interesse der Arbeiterschaft liegende Antrag wieder gestellt werden.

Während die bürgerlich-sozialfaschistische Meute und ihre Presse Kollapspolitik zur Vernebelung der breiten Arbeiterschichten betreibt, nehmen die Kommunisten die Interessen der Arbeiterklasse ernsthaft wahr.

Beuthen

Holzindustrie beginnt mit Lohnabbau

A. A. Auf der Tagung des Arbeitgeberverbandes der ober-schlesischen Holzindustrie wurde ein genereller Lohnabbau von 10 Prozent beschlossen. Anschließend an dieser Tagung wurde gleich zur Offenstube übergegangen. Die Arbeitgeber sandten sofort Schreiben an die Arbeiter, in denen man die „schlechte wirtschaftliche Lage der ober-schlesischen Holzindustrie“ anführte und den Schluß zog, daß die hohen Löhne die Schuld hieran tragen; es müsse der Lohn um 10 Prozent abgebaut werden. Nur die Arbeiter, die mit diesem Lohnabbau einverstanden sind, können ab 1. Juni weiter arbeiten.

Aus Angst vor der Entlassung und dem Verlust der Arbeitslosigkeit hat ein großer Teil diesen Lohnraub geschluckt. Die Kollegen haben falsch gehandelt. Sie werden früher oder später doch zu der Erkenntnis kommen, daß der Lohnraub in einer einseitigen und geschlossenen Kampffront abgewehrt hätte werden können. Nicht Lohnabbau, sondern Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit ist die Lösung der Massenbewußten Arbeiter. Reißt alle Kraft zusammen und organisiert den Kampf unter der Führung der K.O.D., als der organisierten Kraft, um Arbeit und Brot!

des Kampfes warten, wäre ein Verbrechen an deren Interessen. Sofort müssen in jedem Betrieb Belegschaftsversammlungen stattfinden, wo man Betriebsvertrauensleute wählt, vorbereitende Kampfschlüsse bildet. Die Einheitsfront von unten muß sofort geschlossen werden.

Die Organisierung des Kampfes muß um folgende Forderungen erfolgen:

- Sofortige Einstellung der Massenentlassungen, vielmehr Wiedereinstellung aller Entlassenen!
- Schlußkündentag unter Tage bei vollem Lohnausgleich!
- Gleichstellung in der Lohnfrage mit dem Ruhrgebiet!
- Für einen wahren Betriebschutz!
- Für die Abschaffung des Straf- und Prämienystems!
- Unter der Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition bei Anwendung der Einheitsfronttaktik ist sofort an die reifste Durchführung der vorbereitenden Arbeiten zur Ausübung eines allgemeinen Kampfes zu gehen.

Miechowitz

Rachejustiz am Werk

Hohe Gefängnisstrafen gegen revolutionäre Arbeiter

Am 19. Januar, anschließend an eine Theateraufführung der K.O.D., fand eine Demonstration Kundgebung trotz Demonstrationsverbots vor dem Rathaus statt. Die Polizeikräfte waren auch bald zur Stelle und schlugen brutal auf die Demonstranten ein. Sieben Männer und zwei Frauen schleppte man als „Beute“ auf die Wache.

Wegen dieser Vorgänge standen diese Proleten vergangene Woche vor dem Klassengericht. Es war Anklage wegen Zusammenrottung, Aufruhr, Beleidigung und Widerstand gegen die Staatsgewalt erhoben worden. Genosse Sczubli betrat den Gerichtssaal mit dem Ruf: Rot Front! Den Klassenrichtern klang dieser proletarische Massengruß sehr unangenehm in den Ohren.

Wie gewöhnlich ergab die Verhandlung, daß die angeklagten Arbeiter die Schuldigen sind und sie auf lange Zeit ins Gefängnis gehören. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Genossen S. als Räbelsführer 1 Jahr und 8 Monate Gefängnis. Das Gericht verurteilte Sczubli zu 9 Monaten, Mann und Frau Dittner zu je 6 Monaten Gefängnis; die übrigen erhielten Geldstrafen oder wurden freigesprochen.

Die Miechowitzer Arbeiterschaft wird als Protest gegen diesen Klassenurteil verstärkt den Kampf gegen diese „Ordnung“ führen. Der Kampf um Arbeit und Brot reißt alle Schranken des bürgerlich-kapitalistischen Machtapparates nieder; er führt zum Siege über die Ausbeuter unter Führung der kommunistischen Partei!

Oppeln

Kombinierte Versammlung

aller revolutionären Organisationen Donnerstag, den 12. Juni 1930, um 19,30 Uhr im Schützenhaus. Zeitungsleser und Sympathisierende sind eingeladen. Die Wichtigkeit der Sache erfordert vollständiges Erscheinen. Die Organisation.

Stahlhelmspitze in der Webersstadt

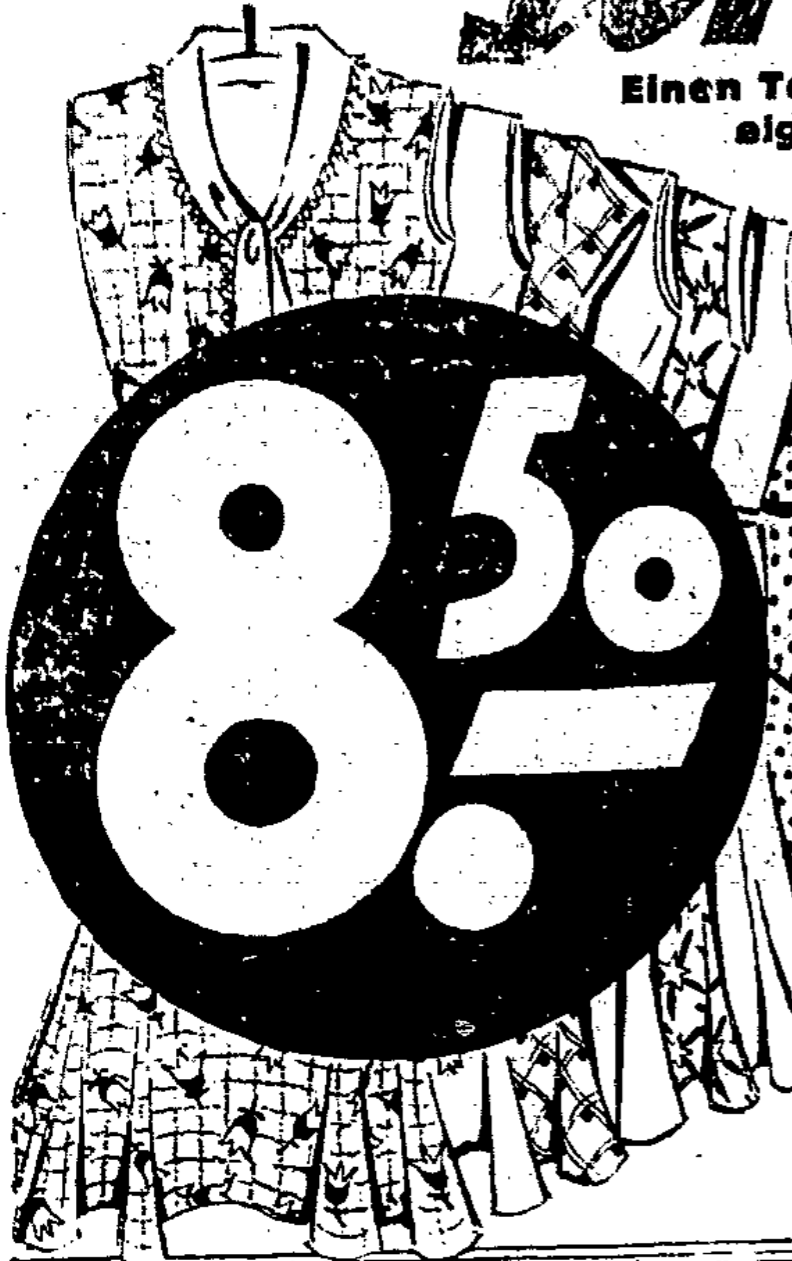
Gegenübergebung der Arbeiterschaft

Neustadt. Am Sonnabend verfuhrte der Stahlhelm in Neustadt eine Kundgebung durchzuführen. Ganze 48 Mann waren jedoch nur erschienen, was beweist, daß auch auf dem höchsten Lande die Arbeiter einzusehen beginnen, daß nicht der Stahlhelm die richtige Organisation für sie ist. Dafür waren aber an 300 Arbeiter auf dem Klinge erschienen, die es verhinderten, daß der Stahlhelm seine Kundgebung durchführen konnte. Aufgehört wurde dem Redner so aus dem Konzept, daß er nach wenigen Minuten es aufgab, weiter zu sagen. Man verfuhrte, das Deutschlandlied zu singen, aber die „Internationale“ überdauerte alles, und so wurde aus der Kundgebung des Stahlhelms eine Kundgebung der Massenbewußten Arbeiterkraft.

Am Montagabend wurde daraufhin von den Arbeitern aus dem Industriegebiet, die sich von Biegenhals aus auf der Heimfahrt befanden, vor Neustadt halbgemacht und eine mächtige Demonstration durch die Straßen der Stadt durchgeführt, an der sich circa 500 Arbeiter beteiligten. Die Sympathie Kundgebungen der Webersstadter Arbeiter bewiesen, auf welcher Seite das Proletariat dieser Stadt steht, nämlich auf der Seite der unter den Fahnen der kommunistischen Partei stehenden roten Klassenfront!

Serienverkauf

Einen Teil unserer Damen-Konfektion haben wir, ohne Rücksicht auf den eigentlichen Wert, in Serien eingeteilt - Qualität zu Serienpreisen - wer wird diese seltene Gelegenheit nicht ausnützen?



Toile de Soie Kleider

gute reinesidene Qualität, flotte Gürtelform mit aparter Blasen- und Faltengarnierung in weiß und hellen Sommerfarben

Woll-Kleider

reine Wolle, und Voll-Volle-Kleider, feache Blumenmuster, ärmellose Gürtelform mit weitem Glockenrock

Trench-Coats

gute baumwollene Qualität, Raglan-Schnitt, mit imitierten Lederknöpfen und amerikanischem Gürtelverschluss, in mode und marine

Gummi-Mäntel

in moderner, kariertor Kunstseide, mit amerikanischem Schnallen-Verschluß am Gürtel und Ärmel

Toile de Soie-Blusen

reine Seide, Oberhemdform, mit andersfarbiger Band-Krawatte, in weiß, lachs und champagne

Japan - Morgenrock

Original japanischer Krepp, mit typisch japanischem Blumenmuster, mit einfarbiger Satinblende an Schal, Ärmel und Tasche

Mantel-Complets

aus gutem reinwollenen Tweed, Mantel ganz auf kunstseidenem Duchesse, Rock mit seitlicher Gehfalte

Pelzbesetzte Mäntel

aus reinwollenem Natté, Pelzbesatz an den Seitenteilen und Bandeau, ganz auf kunstseidenem Serge

Wollgeorgette-Kleider

aus dem modernen gemusterten Wollgeorgette, Gürtelform, mit langen Ärmeln, Faltenrock und weißem Piquékragen

CrepedeChine-Kleider

gute reinesidene Qualität, in modernen Druckmustern, mit langem Ärmel, Glockenrock, ringherum, mit dopp. Georgettekragen

Tweed - Mäntel

gute reinwollene Qualität, extra lang und weit geschnitten, mit Stoff- und Ledergurt, ganz auf kunstseidenem Serge

Kammgarn-Kostüme

gute Qualität, 2-reihige Saceoform, ganz auf kunstseidenem Duchesse, moderner Passenrock mit Gürtel



Herrenstoff-Mäntel

und Mäntel aus Stoffen englischer Art, gute Verarbeitung, ganz auf Kunstseidenserge, mit Rückenfallen

Seid.-Gummimäntel

in unifarbener reiner Seide, genäht und geklebt, mit eingesetztem Ärmel, Leletasche und Gurt

Moderne Kostüme

aus reinwollenem Rippe, marine und schwarz, Gürtelform mit Blesengarnierung im Rücken, Jacke ganz gefüttert

Toile-Streifenkleid

reine Seide, in apartem Streifenmuster, sportliche Form, Oberhemdkragen und reinesidene Krawatte

Tweed-Trikotkleider

mit langem Ärmel, Knopf- und Faltengarnierung, in rot, beige und marine, mit weißem Kragen

Morgenröcke

aus schwarzem Satin-riche mit handgestickten Blumen und andersfarbiger Blende an Schal, Ärmel und unterem Saum

Kleider-Complets

aus reinwollenem Tweed, der Mantel ganz auf kunstseidenem Serge, das Kleid mit langem Ärmel und andersfarbigem Ledergurt

Crêpe de Chine-Kleider

Reine Seide, moderne Druckmuster, mit langem Ärmel, weitgeschnittenem Glockenrock und uni Georgette-Garnitur

Crêpe de Chine-Kleider

in schwerer, reinesidener Qualität, gemustert, ärmellos, mit modernem Capekragen und besonders weitgeschnittenem Glockenrock

Wollgeorgette-Mäntel

gute reinwollene Qualität, ganz auf kunstseidenem Duchesse, mit Pelzbesatz an den Seiten und am Bandeau

Englische Mäntel

Original englische reinwollene Stoffe, ganz auf kunstseidenem Duchesse, flotte Form, mit Blendengarnierung

Cape-Mäntel

aus reinwollenem, gemusterten: Charme de Laine, mit Pelzkragen und Manschetten, ganz auf kunstseidenem Duchesse



Marocain-Kleider

reine Seide, mit lang. Arm, weitem Glockenrock und weißem Plisse-Crêpe de Chine-Kragen und Manschetten

Crêpe de Chine-Kleider

reine Seide, mit modernem Blumendruck, großer Capekragen, langer Ärmel, weitem Glockenrock

Toile-Satin-Kleider

reinesidener Toile mit breitem Satinstreifen, Westenform, mit großen Perlmutterknöpfen und tiefgelegtem Faltenrock

Wollgeorgette-Mäntel

gute reinwollene Qualität, ganz auf kunstseidenem Duchesse, flotte geschwafte Form mit Blesengarnierung im Rücken

Kammgarn-Mäntel

gute reinwollene Qualität, ganz auf Kunstseiden-Serge, die beliebte Gürtelform mit Blesengarnierung

Fleur de laine-Mäntel

beste reinwollene Qualität, mit großem Pelzkragen, ganz auf reinesidener Crêpe de Chine, flotte Glockenform

Reise-Mäntel

aus sehr gutem, reinwollenem Tweed, ganz auf reinesidener Crêpe de Chine, mit Pattentaschen und Gurt

Elegante Kostüme

aus gutem reinwollenem Kammgarn, in dem modernen Streifenmuster, ganz auf kunstseidenem Duchesse

Marocain-Kleider

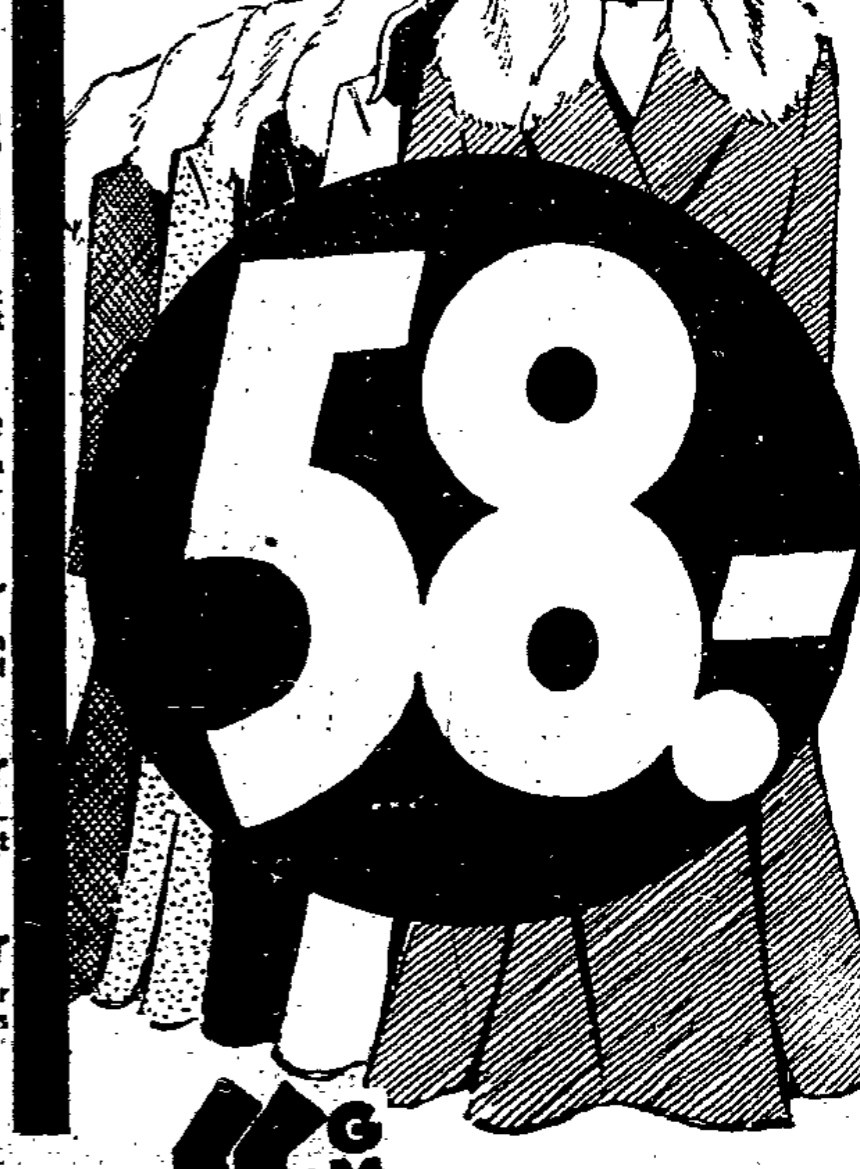
schwere, reinesidene Qualität, mit langem Ärmel, weit geschnittenem Glockenrock und Georgette- und Spitzengarnitur

Crêpe de Chine-Kleider

reine Seide, moderne Druckmuster, besonders weit geschnittener Glockenrock mit langem Ärmel und Georgettegarnitur

Wollgeorgette-Kleider

moderne Boleroform mit Georgettegarnitur und doppelt eingelegtem Faltenrock, in allen hellen Sommerfarben



Rudolf Hetersdorff GMBH
BRESLAU · OHLAUERSTRASSE · SCHUHBRÜCKE